Einzelpreis 10 Pfg • Jahrgang 2 | Mittwoch, den 16. April 1919 | Nummer 183 • Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direkter Postbezug ohne Bestellgebühr monatl. 2,50 M., bei Zustellung unter Streifband 4,50 M. Die „Freiheit" ist in der ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen.

Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Inserate kosten die achtgespalt. Nonpareillezeile oder deren Raum 80 Pf., „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 40 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf. Teuerungszuschlag 50 %. Bei Familien- und Versammlungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauf folgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19.
Fernsprecher: Amt Norden 9765.

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Kampf der Angestellten.

Generalstreik.

Aus den Kreisen der Angestellten wird uns geschrieben:

Infolge des Beschlusses der Obleute der Metallindustrie und der Obleute der noch nicht im Streik stehenden Branchen ist gestern nachmittag beschlossen worden, in den allgemeinen Streik einzutreten. Die Angestellten der Verkehrsmittel und ebenso der Krankenkassen drücken den Angestellten der Metallindustrie ihre vollste Sympathie aus und sind bereit, in den Sympathiestreik einzutreten. Infolge der Wichtigkeit dieser Institute hat die Zentralstreikleitung davon abgesehen, die Solidarität der Kollegen in dieser Weise in Anspruch zu nehmen, da es sich um Institute handelt, die in erster Linie der ganzen werktätigen Bevölkerung zur Verfügung stehen müssen.

Es ist auffällig, daß die Vereinigung der Angestellten von Handel und Industrie eine Abordnung nach Weimar geschickt hat, um sich dort für die Interessen der Angestellten der Metallindustrie einzusetzen. Diese Vereinigung hat bei dem Warenhausstreik und ebenfalls bei den jetzigen Streik bewiesen, daß sie tatsächlich keinen Anspruch darauf hat, als Arbeitnehmerorganisation zu gelten.

Die Zentralstreikleitung hat an den Reichspräsidenten Ebert folgendes dringende Telegramm gerichtet:

„Vereinigung der Angestellten in Handel und Industrie haben von uns kein Mandat. Erheben entschieden Einspruch, daß diese sich mit unserer Interessenvertretung befassen. Dortige Bankbeamte Marx, Emonds, Fürstenberg, Anklam, Teichmann vertreten nur Interessen der Bankbeamtenschaft. Zentralleitung der Metallindustrie Berlin."

Nach bis jetzt eingelaufenen Berichten sind in vielen Betrieben schon Abstimmungen erfolgt und es ist festzustellen, daß die Mehrheit aller Angestellten sämtlicher Branchen sich durchaus für den Streik erklärt haben. Weitere Bestimmungen erfolgen heute in den Betriebsversammlungen. Es besteht kein Zweifel darüber, daß die ganze Angestelltenschaft sich mit den Angestellten der Metallindustrie solidarisch erklären wird. Die von der bürgerlichen Presse verbreiteten Gerüchte über das radikale Vorgehen einzelner Mitglieder der Zentralstreikleitung entbehren jeder Grundlage. Die Angestellten denken nicht daran, diesen wirtschaftlichen Kampf in das politische Fahrwasser gleiten zu lassen. Sie bedauern, daß es noch eine große Anzahl Angestellte gibt, die ihre geistige Nahrung aus den Zeitungen schöpfen, die in so wenig demokratischer Weise die Interessen der Angestelltenschaft vertreten. Es darf den bürgerlichen Blättern nicht ungesagt bleiben, daß die Angestelltenschaft durch derartige nicht objektive Berichte auf das höchste empört ist und daß der Wunsch zum Ausdruck kommt, die Abonnements dieser Zeitungen ein für alle Mal einzustellen.

Die Obleute nahmen Stellung zu den Aeußerungen des Reichspräsidenten Ebert. Sie waren erstaunt darüber, daß die Arbeitnehmer wieder zurückstehen sollten, angeblich weil die Regierung bereits Stellung zur Angestelltenfrage genommen habe. Die Angestellten stehen auf dem Boden der Demokratisierung der Betriebe und verlangen, die Regierung solle auch einmal den Arbeitnehmern beweisen, daß sie sich durchzusetzen versteht.

Der Beschluß der Obleute.

Die Obleute der Groß-Berliner Betriebe traten gestern mittag im Haverlands Festsälen zusammen. Ingenieur Aufhäuser gab einen Bericht über die Verhandlungen vor dem Vollzugsrat. Das Zugeständnis der Metallindustriellen, über das Mitbestimmungsrecht der Angestellten weiter zu verhandeln, käme zu spät. Es sei bedauerlich, daß die Bankbeamten sich dem Vorgehen der Angestellten nicht angeschlossen hätten und nach Weimar gefahren wären. Die Forderung der Angestellten nach Mitbestimmung in den Betrieben bestehe schon seit Monaten. Wenn die Unternehmer über die Berechtigung dieser Forderung noch nicht ins Klare gekommen wären, so beweise das nur, daß ihnen der gute Wille fehle. Die Angestellten verlangten kein Mitbestimmungsrecht auf die Produktion. Sie wollten lediglich bei der Einstellung und Entlassung mitentscheiden. Die Versprechungen der Regierung machten die Angestellten mißtrauisch. Der Streik werde rein wirtschaftlicher Natur bleiben. Es sei ein ideeller Kampf und die Angestellten hofften mit Vertrauen der Machtprobe entgegensehen. Wenn den Angestellten ihre einfachsten Menschenrechte nicht verweigert worden wären, hätte unserer Wirtschaft diese Belastungsprobe erspart werden können.

Die Rede Aufhäusers wurde durch öftere Zustimmungserklärungen unterbrochen. Ein Vertreter der Magistratsangestellten brachte den Angestellten der Großindustrie die Sympathie seiner Kollegen dar. Bei der Abstimmung erklärte sich die Versammlung mit allen Stimmen für den Generalausstand. Die Zahl der Angestellten, die auf Grund dieses Beschlusses in den Ausstand treten dürften, wird auf 150 000 geschätzt. Auch die Angestellten der Elektrizitätswerke, der Hochbahn und der Straßenbahn dürften sich dem Ausstande anschließen.

Ein Aufruf der Streikleitung.

Die Streikleitung hat folgenden Aufruf an alle Angestellten Deutschlands erlassen:

„Der soziale Entscheidungskampf der deutschen Angestelltenschaft gegen das Unternehmertum ist entbrannt. Aus einer unerträglichen wirtschaftlichen Notlage heraus haben sich alle kaufmännischen und technischen Angestellten der Groß-Berliner Metallindustrie wie ein Mann erhoben, um sich nach mehrmonatigen ergebnislosen Tarifverhandlungen endlich eine ausreichende und gerechte Entlohnung zu erringen. Die kraftvolle Entschlossenheit und der ideelle Schwung, mit dem die Ausstandsbewegung der 50 000 Industrieangestellten vom ersten Tage einsetzte, ward aber auch nur dadurch denkbar, daß es diesmal nicht nur um materielle Werte ging, sondern im Mittelpunkt dieses gewaltigen Kampfes das Mitbestimmungsrecht der Angestellten zu entscheiden. Die Massenarbeitslosigkeit, die wir zu beklagen haben, ist vielfach auf die passive Resistenz zahlreicher Unternehmer zurückzuführen, die ohne jede Rücksicht auf die Volkswirtschaft ihre egoistischen Profitinteressen glaubten wahren zu müssen. Nach zwölftägigem, unentwegtem Ringen glauben die Berliner Metallindustriellen, die wir als Schrittmacher des gesamten Unternehmertums ansehen, uns unser Mitbestimmungsrecht immer noch streitig machen zu können. Auch die Reichsregierung, die nach langem Zögern grundsätzlich unsere Forderungen anerkannte, hat bisher den beharrlichen Widerstand des Unternehmertums nicht brechen können. Die Streikleitung fordert zum Schluß alle Angestelltenverbände auf, ihre Solidarität zu bekunden und in den Streik einzutreten."

*

An alle Angestellte!

Laut Beschluß der Obleute aller Branchen ist der allgemeine Streik beschlossen! Kolleginnen und Kollegen! Erkämpft Euch das Mitbestimmungsrecht! Einer für alle, alle für einen! Nach Verlauf der Betriebsversammlungen ist der Zentralleitung in Haverlands Festsälen, Neue Friedrichstraße 35, neben dem Namen der Firma und Art des Betriebes die Anzahl der Angestellten und das Abstimmungsergebnis mitzuteilen. Die Zentralstreikleitung entscheidet darüber, welche Firmen als für die deutsche Volkswirtschaft notwendig anzusehen und vom Streik auszuschließen sind.

Die Zentralstreikleitung der Angestellten der Metallindustrie.

Das neue Gesetz.

Wie der „Vorwärts" hört, ist das Gesetz über die Betriebsräte so gut wie fertiggestellt, so daß es voraussichtlich nach den Osterferien bereits der Nationalversammlung vorgelegt werden kann. Auf diese Weise wird zunächst die Frage des Mitbestimmungsrechts gesetzlich geregelt werden.

Fortdauer des Streiks in Düsseldorf.

Düsseldorf, 15. April.

Mit den Buchdruckern ist gestern eine Einigung erzielt worden. Zeitungen sind bisher nicht erschienen.

Die Wasserversorgung der Stadt ist, nachdem die Arbeiter beschlossen haben, eine gänzliche Einstellung des Betriebes zu vermeiden, erheblich eingeschränkt. Somit ist in der Lage des allgemeinen Ausstandes bisher eine Aenderung nicht eingetreten.

Das Korps Bergmann ist wieder in die Stadt eingerückt und hat den Oberbefehl über sämtliche in Düsseldorf befindlichen Truppen übernommen. In einer Bekanntmachung desselben wird darauf hingewiesen, daß es dafür Sorge tragen wird, daß in kürzester Zeit wieder Ruhe und Ordnung herrscht.

An das werktätige Volk Deutschlands!

Der zweite Kongreß der deutschen Arbeiter-, Bauern- und Soldaten-Räte hat seine Verhandlungen beendet. Zustandegekommen auf Grund eines Wahlsystems, das dem revolutionären und proletarischen Grundcharakter des Rätegedankens Hohn sprach, hat die Mehrheit des Kongresses, wenn auch widerstrebend, dem Rätesystem bedeutsame Konzessionen machen müssen. Während der erste Rätekongreß den A.- und S.-Räten das Todesurteil sprach und alles wirtschaftliche und politische Heil von der Nationalversammlung erwartete, stand der zweite Rätekongreß im Zeichen der siegreichen Kraft des Rätegedankens.

Das zweite Revolutionsparlament des deutschen Proletariats war zwar noch ein Tummelplatz alter Vorurteile und reaktionärer Anschauungen. Eine kurzsichtige Fraktionspolitik triumphierte nur zu häufig über das revolutionäre Empfinden und die soziale Einsicht. Die Mehrheit des Kongresses, die Delegierten der S. P. D., sahen meistens ihre Aufgabe darin, die Stellung ihrer zur Regierung gelangten Parteiführer zu stützen und zu schützen. Hätten sie den geistigen und sittlichen Inhalt des Rätegedankens begriffen, so müßte ihnen die Weiterentwicklung der Revolution in Richtung auf den Sozialismus und das Wohl des Proletariats wertvoller sein als die Ministerwürde ihrer Parteigrößen.

Die Kongreßmehrheit hat eine schwere Sünde an der Revolution und am Proletariat begangen, als sie gegen die Aufhebung des Belagerungszustandes stimmte, als sie weiter ein Verdammungsurteil nach dem anderen über die im Generalstreik stehenden Ruhrbergleute fällte und auch sonst durch Abstimmungen und Zwischenrufe verriet, daß sie die gewaltige Erregung, die zur Zeit durch die deutsche Arbeiterschaft hindurchgeht, durch die Brille des kleinbürgerlichen Philisters betrachtet.

Der zweite Rätekongreß hat sich auf eine Räteorganisation festgelegt, die im schroffsten Gegensatz zum revolutionären und proletarischen Rätegedanken steht. Der vom Kongreß angenommene Antrag der S. P. D. verlangt ein organisches Zusammenarbeiten des kapitalistischen Unternehmertums mit den Arbeiterräten. Es ist unmöglich, die dringend notwendige Sozialisierung und Enteignung mit denen durchzuführen, die enteignet werden sollen. Die Verwirklichung dieses Antrages würde bedeuten, dem Kapital die schmerzlose Anpassung an die neuen Verhältnisse zu ermöglichen. Die Arbeiterräte würden den Vertretern des Industrie- und Finanzkapitals gegenüber stets im Nachteil sein. Wir als Verfechter des reinen Rätegedankens haben daher diesen Antrag ablehnen müssen. Wir verlangen eine Räteorganisation, die den Hand- und Kopfarbeitern das volle Selbstbestimmungsrecht im Staats- und Wirtschaftsleben sichert. Nur auf diese Weise kann nach unserer festen Ueberzeugung der Sozialismus auf dem schnellsten Wege verwirklicht werden.

Ausgehend von dem Grundsatz, daß eine durchgreifende Sozialisierungsarbeit nur von Sozialisten geleistet werden kann, waren wir bereit, als gleichberechtigter Teil in den Zentralrat einzutreten, um dort für den Rätegedanken und den Sozialismus in unserem Sinne zu wirken. Die Fraktion der S. P. D. lehnte das aus engherzigen, parteipolitischen Gründen ab. Unser Verlangen, die Wahlen zum Zentralrat nunmehr auf Grund der Verhältniswahl mit Listen und geheimer Abstimmung vorzunehmen, wurde gleichfalls abgelehnt. Da hiermit bewiesen wurde, daß der Mehrheit der S. P. D.-Fraktion das beschränkte Parteiinteresse mehr am Herzen lag, als das im Rätegedanken verkörperte, allgemeine proletarische Interesse, lehnten wir eine Beteiligung am Zentralrat ab.

Arbeiter! Arbeiterinnen! Ihr, die Ihr mit Eurem Kopf und mit Eurer Hand Euer täglich Brot erwerbt, setzt Euch jetzt mit aller Macht ein für den Sieg des reinen Rätegedankens. Der Zentralrat ist durch Kongreßbeschlüsse verpflichtet, ein auf dem Betriebs- und Berufswahlsystem basierendes Wahlreglement auszuarbeiten. Er ist verpflichtet die Arbeiter- und

Bauernräte, die in den Kommunen, Kreisen, Bezirken usw. tätig sind, anzuerkennen und zu stützen. Er ist verpflichtet, die Rechte der Arbeiterräte dem Unternehmertum gegenüber zu wahren. An den Arbeiter- und Bauernräten ist es, ihr Daseinsrecht mit allem Nachdruck zu vertreten und auf den Ausbau der reinen Räteorganisation im Staats- und Wirtschaftsleben hinzuarbeiten. In dieser Zeit, in der die Gegenrevolution und ein brutaler Militarismus mit jedem Tag machtvoller ihr Haupt erheben, ist es Pflicht eines jeden Proletariers, für die Errungenschaften der Revolution einzutreten und deren Weiterentwicklung bis zum völligen Siege des Sozialismus zu erstreben.

Sorgt für Aufklärung, damit der Rätegedanke in den Köpfen und Herzen der arbeitenden Massen fest Wurzel schlägt. Deckt das rätefeindliche Verhalten der Parteien auf, die das Proletariat mit dem Hinweise auf das Parlament und die Harmonie mit dem Kapital einschläfern wollen. Die in den Räteorganisationen zusammengefaßte revolutionäre Kraft des Proletariats wird uns vor dem völligen Zusammenbruch unseres Wirtschaftslebens bewahren, wird aus dem alten Obrigkeitsstaat einen freien Volksstaat machen.

Darum frisch ans Werk! Mit neuen Kräften an die Arbeit für das Rätesystem, für den Sieg des Sozialismus.

Berlin, den 15. April 1919.

Die Fraktion der Arbeiterräte der U. S. P. des zweiten Rätekongresses.

Die falsche und die wahre Maifeier.

Die Schlußsitzung der Nationalversammlung brachte nach einer Reihe kleiner Anfragen und der oberflächlichen Lesung des „Ermächtigungs"- und des Kaligesetzes nur einen Punkt von Bedeutung: die Vorlage, die den 1. Mai zum Nationalfeiertag erklärt. Sie wurde ergänzt durch einen Antrag unserer Genossen der das gleiche für den 9. November fordert.

Wir haben bereits gestern die Fassung, die die Demokraten und Rechtssozialisten dem Gesetz gegeben haben, kommentiert. Wenn wir sagten, daß die Rechtssozialisten durch diese Fassung die Maifeier ihres proletarischen Charakters völlig entkleidet und ihr einen verfälschten Sinn untergeschoben hätten, so wird unser Urteil durch die Rede, die Dr. David zur Begründung der Vorlage hielt, mehr als begründet.

Er fiebt die bürgerlichen Parteien geradezu an, die Maifeier doch gütigst zu erlauben. In seinem Eifer, dem Bürgertum die Maifeier mundgerecht zu machen, nennt er den ersten Mai „einen uralten Naturfesttag" und versichert, die Arbeiterschaft habe in diesen Naturfesttag „ein hohes Kulturideal hineingelegt".

Aus dem Kampffeiertag der proletarischen Arbeiterschaft will er einen „allgemeinen Volksfeiertag" machen, der „die Gegensätze überwindet". Aus dem Tag, an dem sich das internationale Proletariat zum gemeinsamen Kampf verbrüderte, will er ein nationalliberales Versöhnungsfest der Kapitalisten und Arbeiter machen.

Eine schmählichere Verleugnung des Klassenkampfgedankens läßt sich kaum denken. Trotzdem findet Dr. David den Beifall der Rechtssozialisten. Und der Abgeordnete Hildenbrand unterstreicht noch die Kriecherei vor dem Bürgertum: Indem er darauf hinweist, „daß die Arbeiter im Kriege ihre volle Schuldigkeit getan haben", bittet er die Bürgerlichen, sie dafür zu belohnen, dadurch, daß sie ihnen jetzt in der Frage der Maifeier „entgegenkämen".

Aber trotz aller Mühe finden diese Scheinsozialisten keine Gegenliebe beim Bürgertum. Der Redner der Deutschen Volkspartei, Dr. Mittelmann, ist ehrlicher als sie und stellt fest, daß der erste Mai nicht ein Festtag der Bürger, sondern nur eine Feier des klassenbewußten Proletariats sein könne.

Der Genosse Haase weist in kurzen Worten den Verschandelungsversuch der Rechtssozialisten zurück. Er verlangt, daß zum Zeichen der Anerkennung der Revolution auch der 9. November zum Feiertag erhoben werde. „Wird das", sagt er, „abgelehnt, so ist dadurch bewiesen, daß die Nationalversammlung der Revolution verständnislos und feindlich gegenübersteht."

Und so geschieht es. Der 9. November wird (auch von den Rechtssozialisten!) abgelehnt. Und das Maifeiergesetz wird in der den Sinn der ganzen Feier verfälschenden Fassung mit 161 gegen 86 Stimmen bei 10 Stimmenthaltungen angenommen.

Das deutsche Proletariat aber wird nicht die Nationalversammlung danach fragen, wie es den 1. Mai zu feiern hat. Die Parole ist noch immer dieselbe:

„Durch Zusammenschluß des internationalen Proletariats zum Kampf für den Sozialismus!"

Die deutsche Friedensdelegation.

Ueber die Zusammensetzung der deutschen Friedensdelegation schreiben die (bürgerlich-pazifistischen) „Hessischen Blätter":

Gewiß verdienen Männer wie Brockdorff-Rantzau und Schücking unser Vertrauen, aber schon gegenüber seinem Ministerkollegen David werden von deutschfreundlich gesinnten Neutralen Bedenken geltend gemacht. David hat während des Krieges in der Schuldfrage unhaltbare Behauptungen aufgestellt, auf die in ihren Einzelheiten hier nicht eingegangen werden soll. Ernstere Bedenken aber werden gegen den Hamburger Großbankier Warburg angeführt. In einer von amerikanischer Seite herausgegebenen Schrift wird behauptet, daß durch seine Vermittlung 50 Millionen Mark aus den Kreisen der rheinisch-westfälischen Großindustrie auf dem Wege über die Schwedische Nyabank zur Finanzierung der bolschewistischen Revolution in Rußland geflossen sind. Diese Behauptung wird mit soviielen Einzelheiten belegt, daß ein Zweifel kaum möglich erscheint. Die deutsche Regierung hat inzwischen Warburg von seiner Stellung enthoben, an seine Stelle den Prokuristen seines Bankhauses, Dr. Melchior, gesetzt, wohingegen Warburg nunmehr zu dem Beirat der Delegation gehört. Im neutralen Auslande wird diese Umstellung ein Augurenlächeln auslösen. (Zu dem bereits nach Paris entbotenen und abgereisten Finanzausschuß der deutschen Delegation gehören beide: Herr Melchior nicht nur, sondern auch Herr Warburg selbst.) Als einzige Frau ist noch Frl. Juchacz in dem Beirat der Delegation vertreten. Der Deutsche Frauenausschuß für einen dauernden Frieden, dessen einwandfreie pazifistische Haltung während des Krieges in Amerika besondere Anerkennung ausgelöst hat, wurde nicht berücksichtigt.

Als Vertreter der deutschen Geisteswissenschaft ist anscheinend nur Prof. Baumgarten-Kiel in den Beirat der Delegation bestimmt worden. Von Prof. Baumgarten stammen folgende Ausführungen vom 16. März 1919:

„Ich gehöre zwar zu der Liga für Völkerbund, vermag aber die religiöse Begründung des Pazifismus mir schlechterdings nicht anzueignen, da ich aus den Tatsachen heraus Gott nicht als einen Gott des Friedens, und den Pazifismus nicht als eine Forderung des Christentums anerkennen kann. Ich kann nur der Ueberzeugung leben, daß für uns Deutsche auf Grund unseres militärischen Zusammenbruches der Völkerbund die einzige Rettung ist, die wir darum auch als Patrioten ergreifen müssen."

Baumgartens Erklärung ist offen und klar, man kann ihm dankbar dafür sein, doch sollte er auch soviel Einsicht besitzen, zu erklären, mit solchen Anschauungen nicht zu der deutschen Friedensdelegation gehören zu können."

Der neue Zentralrat.

Der vom Rätekongreß neugewählte Zentralrat, der aus 16 Mitgliedern der Mehrheitssozialdemokratie, 2 Soldatenvertretern, 1 Christlich-Sozialen, 1 Bauernvertreter und 1 Demokraten besteht, hat sich konstituiert. Als Vorsitzende hat er gewählt: Cohen und Haaß. Er wählte außerdem einen engeren Arbeitsausschuß von 9 Personen, der aus 8 Mitgliedern der Mehrheitssozialdemokratie, nämlich Cohen, Haaß, Grzesinski, Knoblauch, Neue, Schäfer, Schimmel, Zwosta und dem Demokraten Flügel besteht. Der Soldatenvertreter Scholz soll vorläufig diesem Neunerausschuß für die Erledigung soldatischer Angelegenheiten solange beigeordnet werden, bis die Entscheidung über den Reichssoldatenrat gefallen ist. Der Aktionsausschuß von 9 Mitgliedern wird alle Geschäfte des Zentralrats führen. Sein Sitz ist nach wie vor im ehemaligen preußischen Herrenhause. Plenarsitzungen des gesamten Zentralrates sollen nach Bedarf stattfinden. Man wird wohl mit regelmäßigen Sitzungen alle vier Wochen rechnen können.

Der Generalstreik in Düsseldorf.

Ueber den Generalstreik und die Straßenkämpfe in Düsseldorf geht uns der folgende Bericht zu, der zeigt, daß die Schilderungen der bürgerlichen Presse über „Barrikadenbau" der Spartakisten völlig unzutreffend sind.

Die Lage in Düsseldorf hat eine weitere Verschärfung erfahren. Das Verhalten der Regierungstruppen ist nach wie vor herausfordernd, trotzdem seit Donnerstag der Belagerungszustand aufgehoben ist. Das verbrecherisch-leichtsinnige Hantieren der Soldaten mit Mordwaffen hat wiederholt Opfer unter der Bevölkerung gekostet. Infolgedessen steigt die Erregung unter der Arbeiterschaft immer höher. Im Stadtteil Oberbilk hat sich eine Anzahl Arbeiter mit Karabinern bewaffnet, um sich gegen die rohen Uebergriffe durch die Truppen verteidigen zu können. Nunmehr läßt das Kommando der Regierungstruppen Oberbilk seit Donnerstag abend mit Minenwerfern und Kanonen beschießen. Durch diese sinnlos, grausame Maßregel sind bereits mehrere Gebäude ganz oder erheblich zerstört und die unschuldigen Bewohner, soweit sie mit dem Leben davongekommen sind, obdachlos geworden. Trotz der schweren Beschießung haben es die Truppen bisher nicht gewagt, in Oberbilk einzurücken. In jeder Nacht hören die Bewohner der infolge des Generalstreiks völlig dunklen Stadt die Detonationen der Minen. Die Stärke der Regierungstruppen ist in den letzten Tagen immer größer geworden. Da es für jeden „Kampftag" 30 Mark (Dreißig Mark) besondere Zulage für die Soldaten gibt, provozieren diese stets neue Schießereien. So wurde am Sonnabend mittag von Regierungstruppen, die im Auto vorbeifuhren, blindlings und ohne jede Ursache in einem Zigarrenladen Graf Adolf-, Ecke Karlstraße, hineingeschossen und dadurch eine Frau getötet.

Als Antwort auf alle diese Vorkommnisse wurde am Samstag mittag das Wasserwerk stillgelegt und gleichzeitig die Abflußschieber der städtischen Kanalisation geschlossen, so daß die Abwässer aus den Häusern sich in den nächsten Tagen stauen werden. Die Folgen dieser Maßnahmen sind von der Generalstreikkommission wohl erwogen worden, angesichts des außerordentlich brutalen und grausamen Auftretens der Noskegarde blieb aber kein anderes Mittel. In der Arbeiterschaft herrscht eine eiserne Entschlossenheit, lieber unterzugehen, als sich weiterhin der Militärdiktatur, wie sie von den Freikorps ausgeübt wird, zu beugen.

Hoffentlich gelingt es noch in letzter Stunde, die Ausführung dieses Beschlusses durch eine Verständigung zu verhindern. Die Stillegung des Wasserwerkes darf ebensowenig ein Kampfesmittel der Arbeiter sein wie die Unterbindung des Abflusses der Abwässer. Beides hat die verhängnisvollsten Folgen für die Allgemeinheit und auch für die Arbeiterklasse. Die Arbeiterschaft bekämpft den Streik der Aerzte, der Apotheker usw., sie muß deshalb auch selbst in ihrem Kampf die Mittel vermeiden, die Leben und Gesundheit von Unbeteiligten gefährden. — Die Hoffnung auf eine Verständigung hat sich nach neueren Meldungen vergrößert, da seit Sonntag in Düsseldorf Ruhe eingetreten ist und Verhandlungen der Streikleitung mit den örtlichen Behörden begonnen haben.

München in der Hand der Kommunisten.

Augsburg, 15. April.

Seit 1 Uhr nachmittags ist die direkte telephonische Verbindung von Augsburg nach München wieder hergestellt. München befindet sich vollständig in der Gewalt der Kommunisten. Die Diktatur des Proletariats ist aufgerichtet. Der Kampf um den Hauptbahnhof, der mit Artillerie, Maschinengewehren, Handgranaten und Minenwerfern ausgefochten wurde, dauerte etwa drei Stunden und hatte das Gepräge einer förmlichen Schlacht. Er forderte etwa 150 Tote und Verwundete und endete mit dem Siege der Kommunisten. Die Regierungstruppen wurden entwaffnet. Nach diesem Erfolg war das Schicksal der Stadt besiegelt. Von einer offenen Gegenbewegung ist nichts zu spüren. Die ganze Garnison steht jetzt im Dienste der neuaufgerichteten Herrschaft des Proletariats. Die Zahl der bewaffneten Arbeiter ist außerordentlich groß, so daß die Kommunisten eine starke Macht hinter sich haben. In ganz München herrscht Generalstreik. Alle Betriebe und Geschäfte sind geschlossen. Der Straßenbahnverkehr ruht, die Zeitungen erscheinen nicht.

W. T. B. Augsburg, 15. April.

Die bei dem Kampf im Bahnhofsviertel in München an den Gebäuden angerichteten Schäden sind nicht besonders groß. Plünderungen sind bisher nur vereinzelt vorgekommen. Die Lebensmittelversorgung hat noch keine Stockung erlitten. Heute ist ein Nachrichtenblatt des neugebildeten Vollzugsrats der Betriebs- und Soldatenräte erschienen, das folgende Mitteilung des Vollzugsrats enthält:

Die Betriebs- und Soldatenräte Münchens haben in einer Versammlung am 18. April beschlossen, den provisorischen revolutionären Zentralrat als nicht mehr bestehend anzusehen. Die ganze gesetzgebende und vollziehende Gewalt der Räterepublik wird einem fünfzehngliedrigen Aktionsausschuß übertragen. Gezeichnet: Vollzugsrat der Betriebs- und Soldatenräte. — Der Vollzugsrat veröffentlicht ferner ein Flugblatt, in dem der errungene Erfolg gefeiert und das klassenbewußte Proletariat zum weiteren Kampf gegen die Gegenaktion aufgefordert wird.

Regensburg, 15. April.

Gestern wurde in Mitterau der Bauernbundsführer Gutdorfer und der dortige praktische Arzt Dr. Kelcher verhaftet. Sie wurden nach Regensburg gebracht.

Kämpfe in Braunschweig.

Magdeburg, 15. April.

Teile des Landesjägerkorps haben heute früh Helmstedt, das seit der Befreiung des Ministers Landsberg durch eine Helmstedter Polizeibeamten von der Braunschweiger Volkswehr besetzt war, nach kurzem Kampfe eingenommen. Dabei ist auf Seiten der Landesjäger Hauptmann d. R. Koch aus Hannover gefallen. Die Verluste der Braunschweiger Volkswehr lassen sich noch nicht feststellen.

Aus Schoeningen in Braunschweig meldet der „Volksfreund": Dr. Barth hat den Genossen Lilie erschossen. Der Mörder ist geflüchtet. Die Mutter des Dr. Barth ist als Geisel festgesetzt. Ferner sind durch Werfen von Handgranaten drei Personen getötet und vier verwundet worden.

Braunschweig, 15. April.

Heute nachmittag fand im Schloß eine Sitzung des revolutionären Aktionsausschusses statt, in der darüber beraten wurde, ob der Generalstreik fortgesetzt werden soll. Für die Fortsetzung des Streiks erhob sich keine Stimme. Es wurde beschlossen, am Mittwoch den Generalstreik abzubrechen, wenn die Beamtenschaft am Dienstag den Dienst wieder aufnimmt und wenn die Arbeitgeber sich bereit erklären, die Streiktage zu bezahlen und von Maßregelung abzusehen. Diese Bedingungen lehnen wieder die Beamten und auch die Arbeitgeber rundweg ab.

Braunschweig, 14. April.

Heute nachmittag wurden durch hannoversche Flieger hannoversche Zeitungen abgeworfen, die u. a. die Mitteilung enthielten, daß die Truppen des Generals Maerker im Anzug auf Braunschweig seien. Auf die Flieger wurde sofort ein lebhaftes Gewehrfeuer eröffnet, das aber nur den Erfolg hatte, daß ein braunschweigisches Flugzeug getroffen wurde, das zur Verfolgung der hannoverschen aufgestiegen war. Die Insassen sind unversehrt entkommen.

Drohender Generalstreik in Königsberg.

W. T. B. Königsberg i. Pr., 15. April.

In einer gestern abend im Gewerkschaftshause abgehaltenen Versammlung der unabhängigen Sozialdemokraten und Kommunisten wurde beschlossen, am Donnerstag in den Generalstreik einzutreten, falls die Behörden nicht folgende drei Punkte bewilligen:

1. Entfernung der Grenzschutztruppen aus Königsberg.
2. Aufhebung des Belagerungszustandes.
3. Verteilung der in militärischen Beständen vorhandenen Lebensmittel an die Zivilbevölkerung.

Diese Forderungen wurden durch eine Kommission heute mittag dem Kommandierenden General und dem Oberpräsidenten übermittelt. Zurzeit schweben Verhandlungen.

Königsberg, 15. April.

Der in Aussicht gestellte allgemeine Ausstand wird, wie es heißt, vermieden werden. Die Verhandlungen haben den Fortgang nehmen nach zu einer Einigung auf der Grundlage, daß der Belagerungszustand vom Mittwoch ab 12 Uhr ab versuchsweise aufgehoben wird und daß die Grenzschutztruppen nach außerhalb der Stadt verlegt werden, mit Ausnahme eines Teiles, der vertragsgemäß zur Sicherung der durchgehenden polnischen Truppen bestimmt ist. Ferner soll das Verfahren gegen die politischen Inhaftierten nach Möglichkeit beschleunigt werden. Der Forderung auf Verteilung der in Militärbeständen vorhandenen Lebensmittel an die Zivilbevölkerung wird nicht entsprochen werden.

Wegen Eiermangel — Belagerungszustand.

Heilsberg, 15. April.

Infolge Eiermangels kam es hier zu Unruhen unter den Frauen, die so bedrohlichen (?) Charakter annahmen, daß der Belagerungszustand verhängt und Militär zur Herstellung von Ruhe und Ordnung herbeigerufen werden mußte (!). Ein Maurerlehrling erhielt einen Schuß in den Oberschenkel. Verhaftungen wurden vorgenommen. Die öffentliche Sicherheit ist wiederhergestellt.

Ausschuß für Friedensverhandlungen.

Weimar, 15. April.

Der Ausschuß für die Friedensverhandlungen trat heute unter dem Vorsitz des Präsidenten Fehrenbach zur ersten Sitzung ab. Die Beratungen wurden für vertraulich erklärt.

Offiziöser Berichtigungseifer.

Die in Berlin weilende italienische Militärkommission bittet uns, mitzuteilen, daß sie ein amtliches Telegramm erhalten hat, das die von einzelnen Zeitungen verbreitete Meldung über Aufstände in Italien als gänzlich unbegründet bezeichnet.

Dem Niederländischen Korrespondenzbureau zufolge teilt die serbische Gesandtschaft im Haag mit, daß im Gegensatz zu den in der Presse verbreiteten Nachrichten, wonach eine Revolution in Serbien ausgebrochen sein soll, in ganz Serbien vollkommene Ruhe und Ordnung herrsche.

Das französische Proletariat gegen den Gewaltfrieden.

Berlin, 15. April.

Ein französischer Funkspruch Lyon vom 14. d. M. meldet:

Der allgemeine Arbeiterverband, der fast 2 000 000 Mitglieder zählt, hat in Paris Plakate mit folgendem Text angebracht:

„Vom August 1914 bis November 1918 ist uns zu wiederholten Malen gesagt worden, daß wir für das Recht kämpften. Diese Versicherung bedeutete, der Friede würde den Völkern das Selbstbestimmungsrecht verleihen und auf allgemeine Abrüstung begründet sein, das einzige Mittel, das die Liquidation der Kriegsschulden ermöglicht. Die feierlich gemachten Zusagen werden heute gebrochen. Unsere Diplomaten legen uns heute den Plan eines Völkerbundes vor, der nicht eine Gesellschaft von Nationen ist, wie dies in Wilsons 14 Punkten niedergelegt ist. Diese vierzehn Punkte, die wir uns auch zu eigen machten, wurden von allen Völkern der Erde in ihrer Sehnsucht nach Gerechtigkeit mit Beifall aufgenommen. Die Arbeiterklasse Frankreichs, die der Auffassung „Krieg dem Kriege" vertraute, erhebt sich gegen die Sabotage am Frieden. Die Völker können nicht ständig zu der Qual verurteilt werden, Abgaben zu leisten, die für den Ausgleich der Rüstungsbudgets bestimmt sind. Der allgemeine Arbeiterverband verurteilt jede Blockadepolitik, jeden politischen Druck oder jede bewaffnete Intervention, wodurch die Formel der französischen Revolution widerrufen wird. Jede Nation hat allein die Macht, sich Gesetze zu geben, und das unantastbare Recht, dieselben zu ändern. Die Absicht, dieses Recht mit Gewalt einem fremden Volke zu nehmen, bedeutet, ein Feind der Menschheit zu werden."

Der allgemeine Arbeiterverband ruft die öffentliche Meinung und das Gewissen der sozialistischen Organisation auf, gegen diese Zustände anzukämpfen. Der allgemeine Arbeiterverband verurteilt jede Fortsetzung des Krieges und fordert dringend den Abschluß eines wahren Friedens, den alle Völker unterschreiben können.

Wilsons Erklärung.

Paris, 14. April. (Reuter.)

Präsident Wilson hat heute abend als Wortführer des Rates der Vier folgende Erklärung abgegeben:

Angesichts der Tatsache, daß die Fragen, die bei dem Frieden mit Deutschland geregelt werden müssen, ihrer vollständigen Lösung so nahe gerückt sind, daß sie jetzt schnell durch den Endprozeß der Fertigstellung des Entwurfs gehen können, haben diejenigen, welche am längsten über diese Frage beraten haben, beschlossen, anzuraten, daß deutsche Bevollmächtigte eingeladen werden mit den Vertretern der assoziierten kriegführenden Nationen am 25. April in Versailles zusammenzukommen. Dies bedeutet nicht, daß die Beratung über alle die Fragen, die mit der Regelung des allgemeinen Friedens zusammenhängen, unterbrochen wird, oder daß die Beratung dieser Fragen verzögert wird. Man erwartet im Gegenteil, daß jetzt bezüglich dieser Fragen ein schnellerer Fortschritt gemacht, so daß man augenblicklich auch erwarten darf, daß sie für die Endregelung bereit sein werden. Man hofft, daß man in den Fragen, die Italien am unmittelbarsten berühren, besonders in der adriatischen, jetzt zu einer baldigen Verständigung gelangen wird. Was speziell zu dem Vertrag mit Deutschland gehört, würde auf diese Weise erledigt sein, während zu gleicher Zeit alle anderen Regelungen entsprechend formuliert werden. Es wird anerkannt werden, daß trotzdem dieses Verfahren eingeschlagen werden muß, alle Fragen der augenblicklichen großen Regelung Teile eines Ganzen sind.

Gewerkschaftliches.

Der Streik der Bankbeamten.

Zur Aufklärung!

Die Streikleitung der Deutschen Bank verbreitet einen Aufruf, dem wir das folgende entnehmen:

„Wie bekannt, sah sich die Beamtenschaft der Bank für Handel und Industrie nach monatelanger Vertröstung und endlicher Ablehnung ihrer sehr mäßigen Gehaltsforderungen veranlaßt, die Arbeit niederzulegen.

Die Berliner Großbanken erklärten in den Tageszeitungen, daß sie bereit seien, die Geschäfte der Darmstädter Bank durch ihre Depositenkassen abwickeln zu lassen. Diese unerhörte Zumutung der Uebernahme von Streikarbeiten, noch dazu unter Kontrolle der streikbrechenden Angestellten der Darmstädter Bank, rief stärkste Empörung unter der Bankbeamtenschaft hervor.

Die Angestelltenausschüsse der betreffenden Banken faßten einmütig den Beschluß, an ihre Bankleitungen die schriftliche Anfrage zu richten, ob sie bereit seien, die Erklärung abzugeben, daß dem gesamten Personal der Zentrale und Depositenkassen keinerlei Arbeiten im Interesse der Darmstädter Bank zugemutet werden soll, andernfalls würde eine Betriebsversammlung über die notwendig werdende Arbeitsniederlegung zu beschließen haben.

Die Verweigerung der Erklärung führte bei der Deutschen Bank zur Abstimmung über zwei Anträge, von denen der Antrag II mit geringer Stimmenmehrheit nur dadurch zur Annahme gelangte, daß die Abstimmung sabotiert wurde. Entgegen ergangener Vorschriften haben Prokuristen, Vorsteher und Rechtsanwälte irreführende Reden während der Geschäftszeit in den Bureaus gehalten, auch sind Flugblätter von seiten des Bundes und der Prokuristen in Kassen verteilt worden. Dagegen hielten sich der Angestelltenausschuß, wie auch der Allgemeine Verband und der Deutsche Bankbeamten-Verein streng an die Vorschriften, um ein korrektes, unbeeinflußtes, nach eigenem Ermessen des einzelnen gefälltes Urteil zu erzielen.

Dieser Antrag II lehnt zwar den Eintritt in den Streik ab, hebt aber ausdrücklich hervor, daß nur die dringendsten Notzahlungen für die Darmstädter Bank unter Kontrolle von durch den Angestelltenausschuß bestimmten Vertrauensmännern zu leisten seien, und zwar in nur acht Depositenkassen.

Wie ein Faustschlag wirkte es, als am nächsten Morgen die Beamten der Deutschen Bank aus den Tageszeitungen ersehen mußten, daß die Deutsche Bank unter völliger Nichtachtung des Beschlusses der Betriebsversammlung ihre sämtlichen Depositenkassen den inzwischen in den Abwehrstreik getretenen übrigen Großbanken zur Verfügung stellte.

Durch diese erneute Provokation war der durch Antrag II formulierte Beschluß vollkommen aufgehoben, und für Jeden, der nicht als Streikbrecher seinen Kollegen der übrigen Großbanken in den Rücken fallen wollte, das Signal gegeben, in den allgemeinen Streik einzutreten."

Schleichende Kraft.

Wie dem „Lok.-Anz." aus Weimar gedrahtet wird, kam es gestern in der Wandelhalle des Nationaltheaters zu einem ziemlich scharfen Zusammenstoß zwischen den Bankangestellten und dem Reichsernährungsminister Schmidt. Die Angestellten hatten den Minister herausbitten lassen, um gegenüber seinen gestrigen Aeußerungen über die Schuld an diesem Streik ihren Standpunkt auseinanderzusetzen. Der Minister erklärte jedoch, daß er von seinen gestrigen Aeußerungen kein Wort zurücknehmen könne. Diese Auffassung rief unter den Angestellten eine heftige Erregung hervor. Wie in gewissen parlamentarischen Kreisen verlautet, hat die Rede, die Schmidt in der Montagsitzung der Nationalversammlung hielt, im Kreise seiner Parteigenossen große Unzufriedenheit hervorgerufen. Man hält ihm vor, daß er in seinen Ausführungen nicht die Interessen der Arbeiterschaft, sondern die der Agrarier vertreten habe. Wie es heißt, ist der Gegensatz zur Zeit so groß geworden, daß in gewissen parlamentarischen Kreisen sogar mit einem Rücktritt des Reichsernährungsministers gerechnet wird.

Der Belagerungszustand als Hemmnis.

Leipzig, 15. April.

Mit Rücksicht auf den Belagerungszustand ist der Streik der Leipziger Bankbeamten abgebrochen worden. Bei sämtlichen Banken ist heute vormittag der Betrieb voll wieder aufgenommen worden.

Mannheim, 15. April.

Sämtliche Beamten der Mannheimer Banken sind in den Sympathiestreik für ihre Berliner Kollegen eingetreten.

Zum Angestelltenstreik.

Sympathiekundgebungen.

In einer Versammlung von Angestellten des Kraftverkehrsamts Berlin wurden folgende Anträge angenommen:

Der Angestelltenausschuß empfiehlt der Vollversammlung der Angestellten des Kraftverkehrsamtes Berlin und der Direktion der Kraftverkehrsämter Deutschlands an dem eventuell ausbrechenden Generalstreik der Angestellten zur Anerkennung der Mitbestimmung der Angestellten durch ihre Vertretungen, sich zu beteiligen, wenn die Zentralstreikleitung dazu auffordert (angenommen mit 55 gegen 18 Stimmen).

Für den Fall, daß die Zentralstreikleitung beschließt, daß das Kraftverkehrsamt Berlin einschließlich der Direktion der Kraftverkehrsämter Deutschlands weiterarbeiten soll, ist zu beschließen, daß die Angestellten mit 20 Prozent ihres Verdienstes die Streikenden unterstützen. Die gewerblichen Angestellten werden aufgefordert, in weitgehendstem Maße Solidarität zu üben (angenommen mit 41 gegen 32 Stimmen).

*

Die gestern im Zelt 4 versammelten Obleute der Angestelltenausschüsse der Kriegsorganisationen sprechen den im Streik befindlichen Kollegen der Metallindustrie und der Banken ihre wärmste Sympathie aus. Sie stellen sich voll und ganz hinter die Forderungen der Angestellten. In Anbetracht der ungeheuren Wichtigkeit der Kriegsorganisationen für die Volkswirtschaft hält es die Versammlung nicht für geboten, bereits heute die Angestellten zum Eintritt in den Generalstreik aufzufordern. Sie fordert vielmehr die Angestelltenausschüsse aller Kriegsorganisationen auf, heute, Mittwoch, in ihren Betrieben geheime Urabstimmungen darüber zu veranstalten, ob am Dienstag, den 22. d. M., in den Streik getreten werden soll. Das Ergebnis der Abstimmungen ist morgen durch Boten dem Arbeitsausschuß mitzuteilen, der dann alles Nötige veranlassen wird. Die Zentralstreikleitung wird dann entscheiden, welche von diesen Organisationen von der Teilnahme am Streik entbunden werden.

Versammlungen und Sitzungen.

Mittwoch, den 16. April.

A. E. G.-Angestellte: Mittags 1 Uhr im Zirkus Busch. — **Angestellte des Kabel- und Metallwerks der S. S. W. Gartenfeld:** Vormittags 10 Uhr im Lokal von Barthel, Haselhorst.

Angestellte des Charlottenburger Werkes: Mittags 1 Uhr in der Brauerei Patzenhofer, Turmstr. Legitimation mitbringen.

Arbeiterräte der Heeresbetriebe. Nachmittag 4 Uhr Sitzung. Besprechung über das Kollektivabkommen für die Arbeiter der Heeresbetriebe im Bureau des Kraftverkehrsamts, Potsdamer Straße 108.

Obleute aller Stromversorgungs- (Elektrizitäts-) Betriebe. Vormittag ½9 Uhr in Haverlands Festsälen, Zimmer Nr. 8. Wichtige Besprechung über Teilnahme am Generalstreik.

Kriegsgesellschaften und Kriegsorganisationen. Mittwoch, abends 6 Uhr im Restaurant Pfefferberg, Lintstr. 2, Zusammenkunft der Obleute, Ausschußmitglieder und Betriebsvertrauensleute. Bericht über den Stand der Lohnbewegung.

Die Sektion der Angestellten der Kriegsorganisationen im Zentralverband der Handlungsgehilfen veranstaltet am Mittwoch, abends 7 Uhr, im großen Saal der Musikerfestsäle, Kaiser-Wilhelm-Straße 31, eine Sektionsversammlung nur für Verbandsmitglieder. (Näheres siehe Inserat.)

Fritz Werner, Akt.-Ges. Die Angestellten der Firma versammeln sich heute vormittag ½10 Uhr vollzählig zur Entgegennahme wichtiger Entschlüsse im Streiklokal, Stechert, am Bahnhof Mariendorf.

Commerz- und Disconto-Bank. Betriebsversammlung 10 Uhr 30 Min. vormittags im Gewerkschaftshaus, Saal I, Engelufer 15.

Donnerstag, den 17. April.

Obleute der Kleinverkaufsgeschäfte mittleren und größeren Umfanges. Abends 7 Uhr in den Zelten 4. Zu dieser Gruppe rechnen alle Kleinverkaufsgeschäfte, soweit sie nicht Spezialgeschäfte oder Kaufhäuser sind.

Die Arbeiterschaft beim Bekleidungsamt Spandau ist seit gestern in den Ausstand getreten; bisher sind es 1800 Streikende. Ihre Forderungen sind Zurücknahme der Maßregelung und Wiedereinstellung der alten Arbeiter- und Betriebsräte, die bekanntlich vor kurzem auf Veranlassung des Generalkommandos entlassen worden sind.

Angestellte von Ober- und Nieder-Schöneweide! Donnerstag, vormittags 11 Uhr, auf dem Schulhof, Frischenstraße: Vollversammlung!

Eine Riesenkundgebung der Hilfskräfte des Magistrats Berlin.

Im Zirkus Busch fand gestern nachmittag eine Versammlung aller beim Berliner Magistrat beschäftigten Hilfskräfte statt, um zur wirtschaftlichen Besserstellung der Angestellten Stellung zu nehmen. Eine am 31. März im Lehrer-Vereinshause tagende Versammlung hatte eine dreigliedrige Kommission gewählt, die in Gemeinschaft mit dem Zehner-Ausschuß und der Branchenleitung des Verbandes der Bureauangestellten die Forderungen der Hilfskräfte des Magistrats formulieren sollte. Das Ergebnis dieser Beratungen lag der gestrigen Versammlung in Form einer Entschließung vor, die Kollege Bauer vom Verband der Bureauangestellten in einem kurzen Referat erläuterte. In letzter Zeit seien wohl kleine Gehaltsaufbesserungen erzielt worden, doch gibt es immer noch qualifizierte Arbeitskräfte, die mit 282 Mark Monatsgehalt beim Magistrat beschäftigt werden, während der Magistrat mit dem Gemeindearbeiterverband einen Tarif abgeschlossen hat, nach dem ein Monatslohn von 347,40 Mark berechnet worden ist! Von dem Zulagesystem müsse endlich abgewichen werden, was heute gefordert wird, ist nur ein Provisorium, die Hilfskräfte sind entschlossen, zwecks Abschluß eines Tarifvertrages an den Magistrat heranzutreten.

Die einmütig angenommene Entschließung fordert 1. das Mitbestimmungsrecht der Angestelltenausschüsse und Arbeiterräte in allen Fragen des Lohn- und Arbeitsverhältnisses, 2. in bezug auf Kündigungsfrist im ersten Monat tägliche Kündigung, vom zweiten Monat ab monatliche Kündigung zum Monatsschluß, und nach zwei Jahren sechswöchentliche Kündigung zum Schluß des Quartals; 3. Festlegung des Urlaubs im Einvernehmen mit den Angestelltenausschüssen und Arbeiterräten der einzelnen Dienststellen; 4. eine detaillierte Gehaltsregelung mit Rückwirkung vom 1. Januar 1919 ab, in der u. a. für alle Gruppen der Hilfskräfte das Monatsgehalt und Auszahlung des Gehalts spätestens am letzten Tage des Monats gefordert wird. Ledige unter 18 Jahren sollen ein Monatsgehalt von 225 Mark, über 18 Jahre und Verheiratete eine Aufbesserung von 120 Mark monatlich zu dem Gesamteinkommen nach den Magistratsverfügungen vom 20. 1. und 18. 3. 19.

Die Verhandlungen mit dem Magistrat sollen sofort beginnen, letzterer soll sich bis spätestens 23. April 1919 mittags 1 Uhr, entscheiden.

Zum Schluß der Versammlung wurde eine Resolution angenommen, in der den im Ausstand befindlichen Kollegen des Bankgewerbes und der Metallindustrie die volle Sympathie der über 6000 versammelten Hilfskräfte des Magistrats ausgesprochen wird, namentlich in bezug auf ihre ideellen Forderungen des Mitbestimmungsrechts der Angestelltenausschüsse. Außerdem verpflichten sich die Anwesenden, nach ihren Kräften einen finanziellen Beitrag zur Unterstützung der Streikenden zu zahlen, der von den Vertrauensleuten der einzelnen Abteilungen einzukassieren ist.

Die Lohnbewegung in der Landschaftsgärtnerei.

Am Donnerstag finden vor dem Schlichtungsausschuß Groß-Berlin Verhandlungen mit der Organisation der Unternehmer für die Landschaftsgärtnerei statt. Aus diesem Grunde findet die ursprünglich für Mittwoch angesetzte Versammlung erst am Donnerstagabend 7½ Uhr in den Neuen Rathaussälen, Schöneberg, Martin-Luther-Straße 69, statt. Die Versammlung wird über den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses bzw. über den Streik Beschluß fassen.

Die Obleute der Angestelltenausschüsse aller Reichsämter und Staatsbetriebe (wie Reichsernährungsamt, Reichswirtschaftsamt, Reichsmarineamt usw., Fachgruppe I, sowie aller dem K.-M. unterstellten Betriebe, Depots und Heereswerkstätten), welche Zivilangestellte beschäftigen, versammeln sich am Mittwoch nachmittag 3 Uhr, in der Kantine der Artilleriewerkstatt Süd, Spandau. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen der großen Wichtigkeit halber unbedingt erforderlich.

Vereinigte Angestellten-Ausschüsse der Heeresbetriebe Spandau.

Alle Obleute der Angestelltenausschüsse der Holz- und Möbel-Industrie und des Handels (Fachgruppe 11) werden gebeten, in Betriebsversammlungen eine geheime Abstimmung über den Streik für das Mitbestimmungsrecht vorzunehmen und die Resultate der Zentralstreikleitung, Haverlands Festsäle, Neue Friedrichstraße 35, und dem Obmann der Fachgruppe, Herrn Büttgenbach (Bisenberg 1210) sofort bekanntzugeben. Sämtliche Obmänner der Gruppe versammeln sich Mittwoch abend 7 Uhr bei Landré, Stralauer Straße (am Molkenmarkt). Wo keine Ausschüsse bestehen, Vertrauensleute senden.

Achtung! Glasindustrie! (Hohlglas, Tafelglas, Spiegelglas, Schleifglas, Porzellan, Tonindustrie.) Die Obleute aller Angestelltenausschüsse obiger Branchen werden gebeten, baldigst ihre Adressen dem Zentralausschuß der Angestelltenausschüsse, Berlin NW. 52, Werftstr. 7 (Fachgruppe 19 Sektion „Glasindustrie), einzusenden. Von Betrieben, in welchen noch keine Ausschüsse bestehen oder infolge geringer Angestelltenzahl nicht zu wählen sind, können Vertrauensleute namhaft gemacht werden.

Zum Streik der Einkassierer, Mechaniker, Hausdiener und Lagerarbeiter der Singer Co., Nähmaschinenfabrik, ist zu berichten, daß die Arbeitseinstellung wegen Nichtbewilligung der seit zwei Monaten eingereichten Forderungen, sowie Nichtanerkennung der in Frage kommenden Organisationen (Metall- und Transportarbeiter-Verband) erfolgte. Das Zentral-Streikbureau befindet sich Rathstr. 6 Sasse, Telephon Amt Zentrum 7446. An die Berliner Bevölkerung richten wir das dringende Ersuchen, die von der Singer Co. versandten Nachnahmen oder Postscheck-Zahlkarten unbeachtet zu lassen und Zahlungen in Zukunft nur an die mit Ausweiskarte versehenen Einkassierer zu leisten.

Einkassierer und Kassenboten. Mittwoch, abends 6 Uhr, bei Hennig, Alexandrinenstraße 44, an der Kommandantenstraße, Vertrauensmännersitzung.

Optische Anstalt Goerz. Die Lohnzahlung der im Stunden- und Wochenlohn befindlichen Angestellten findet am 16. d. M. in Streiklokal, Restaurant Gärtlich, Friedenau, Rheinstr. 31, statt.

D. W. F., Werk Moabit. Die Betriebsversammlung fällt heute aus. Nächste Versammlung wird in der „Freiheit" bekannt gegeben.

Am Donnerstag, den 1. Mai 1919
erscheint erstmalig in unserem Verlage:

Die freie Welt

Illustrierte Wochenschrift der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Preis der Einzelnummer 20 Pfg. | Abonnement viertelj. 2,50 M.

Das erste Heft erscheint als

Maifest-Nummer

Bestellungen durch den Buchhandel, die Organisationen oder direkt durch uns

Verlagsgenossenschaft „Freiheit"
e. G. m. b. H., Berlin, Schiffbauerdamm 19

Theater und Vergnügungen.

Volksbühne. Theater am Bülowplatz. Direktion Friedrich Kayssler. 7½ Uhr: Die Heirat.

Opernhaus
Neu einstudiert.
7 Uhr: Don Juan.

Schauspielhaus
7 Uhr: Othello.

Direktion Max Reinhardt
Deutsches Theater
7 Uhr: Der arme Heinrich.

Kammerspiele
7 Uhr: Der Star

Kleines Schauspielhaus
7½ Uhr: Die Büchse der Pandora.

Neues Operettenhaus. Schiffbauerdamm 4a Norden 231
7½ Uhr: Die keusche Susanne
Karfreitag, den 18. IV. geschl.

Lessing-Theater
Direkt.: Victor Barnowsky.
7½ Uhr: Der rote Hahn.
Donnerst.: Der Blaufuchs.
Freitag: Peer Gynt.

Deutsches Künstler-Theat.
7 Uhr: Der Schöpfer.
Donn., Freitag: Der Schöpfer.

Residenz-Theater
Täglich 7½ Uhr:
Das höhere Leben.

Rose-Theater
7½ Uhr: Stärker als der Tod.

Walhalla-Theater
7½ Uhr: Der Jäger aus Kurpfalz.

Casino-Theater.
Lothringer Str. 37. Tägl. ¾8 Uhr:
Das 3aktige Volksstück
Vater Knolle.
An allen Feiertagen 2 Vorst. Abends ¾8 Uhr Vater Knolle. Nachm. 3½ Uhr zu kl. Preisen Mausi süß süß.

Wintergarten
täglich 7½ Uhr
Varietévorstellung
Rauchen gestattet.

Theater a. Kottbuser Tor
(fr. Sanssouci Kottb. Str. 6)
Abends 7½, u. Sonntag nachmittag 3 Uhr:
Elite Sänger
ehemal. Mitglieder der **Stettiner Sänger**

Seidel, Rosetti, Horst, Größing, Schubert, Riess, Rathke, Otto Schrader, Rudi Schrader
Blüthgen-Konzert Beginn 7 Uhr
Sonnt. nachm. ermäßigte Preise.
Vorverkauf 11—1 Uhr.
Telefon: Moritzplatz 14614.

Möbelkredit
an jedermann. Kleinste Anzahlung, bequemste Abzahlung, größte Rücksicht. Einzelne Möbelstücke gebe bereitwilligst ab. Kriegsanleih. nehme in Zahlung. Bei Barzahlung bedeutende Preisermäßigung. Landwehr Möbelstraße 7 eine Treppe.

Film-Palast

Direktion: J. Werner — Kellers Festsäle, Koppenstrasse 29

Eröffnungs-Vorstellung
Sonnabend, den 19. April 1919, Anf. 7 Uhr
Das **Kaviar-Mäuschen**
Film-Operette in 6 Akten
Hauptrollen: Dora Hrach, Josefine Dora, Jean Paul
unter Mitwirkung von
10 namhaften Sängern und Sängerinnen
sowie das glänzende Beiprogramm
Vorverkauf ab Donnerstag von 11—1 und 4—6 Uhr

Vergnügungs-Palast „Groß-Berlin"

früher: **Kliems Festsäle**
Hasenheide 13/15 — Inh.: Karl Knoppe.
Montag, den 21. u. **Dienstag,** den 22. April cr.
2. u. 3. Osterfeiertag
Oeffentliche
Tanz-Reunion
Wiener Ballmusik. — Anfang 4 Uhr.

Die eleganten Säle und Sommertheater sind an Gesellschaften und Vereine unter kulanten Bedingungen zu vergeben.

Bildungsausschuß Neukölln.
Donnerstag, den 17. April, abends 7 Uhr:
Literarischer Abend
in der Vereinsbrauerei, Hermannstr. 214/218.
Zur Aufführung gelangt:
Die Stunde des Vertrauens.
(Ledige Mütter.)
Volksstück in 4 Aufzügen von Paul Zoder.
Der Ueberschuß wird für die Revolutionsopfer bzw. deren Hinterbliebene verwendet.
Eintrittskarten à 2 M. sind im Sekretariat des Wahlvereins, Rechor-Straße 3, zu haben.

Die Wahrheit über die Berliner Straßenkämpfe

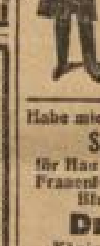
48 Seiten. Preis 35 Pf. Aufl. 100 000 Exempl.
Eine ausführliche Schilderung der letzten Berliner Ereignisse
Soeben erschienen. Zu beziehen durch unsern Verlag und Speditionen, Buchhandlungen, Zeitungshändler
Verlagsgenossenschaft „FREIHEIT" e. G. m. b. H.,
Berlin, Schiffbauerdamm 19

Freie Arbeiter!

die bereit sind, an der Lösung sozialer und volkswirtschaftlicher Fragen der Gegenwart und Zukunft schriftlich mitzuwirken, werden um Adressenangabe gebeten. Offerten unter „H. K. 44" Expedition der Freiheit.

4. Wahlkreis U. S. P. D.
Matinee

am Montag, den 21. April 1919 (2. Osterfeiertag)
in den Concordia-Festsälen, Andreasstraße 64
unter Mitwirkung der Künstler und Künstlerinnen
Liebermann, Retzlaff, Schäffer, Laurence, Kübler, Lisch und des Herrn Thilo.
Saalöffnung 10 Uhr. — Anfang 11 Uhr.
Billets à 75 Pfg. sind im Büro des Wahlvereins Königsberger Straße 27 und bei den Bezirksführern zu haben.
Der Vorstand.



Erstklassige **Herren- und Damen-schneiderei**
Solide Preise, billigster Stoffverkauf aller Qualitäten.
G. Schmidt,
Friedrichstr. 83, nahe Linden.

Habe mich niedergelassen als
Spezialarzt
für Haut-, Geschlechts- und Frauenleiden, Lichtbehand., Blutuntersuchung.
Dr. Kipp.
Königsberger Straße 25, Ecke Memeler Straße 47.
Sprechstunden: 12—1½, 5—7. Sonntags 10—12.

Für Brautleute!
2-Zimmereinrichtung, Küche mit Geschirr zu verkaufen. Gleichzeitig ist die Wohnung mitzuübernehmen, 2 Zimmer, Küche, Bad, Balkon, Vorderwohnung. Besichtig. 16. 4. 19, 9—1 Uhr oder 2—6 Uhr. Zu erfragen Grätzstr. 25, v. IV r.

Kaufe höchstzahlend:
Kabel, Litzen, Leitungsdrähte, Motore, Glühlampen,
sowie sämtliches
Installations-Material.
Elektr. Werkstätte d. Westens
Potsdamer Strasse 54.
Kurfürst 2938.

Facharzt
Dr. Meyenberg
für Geschlechtsleiden
11—1 und 5—7 Uhr
Jägerstr. 12.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstraße 83/85.
Geschäftszeit von 9—1 Uhr und von 4—7 Uhr.
Telephon: Amt Norden 165, 1239, 1987, 9714.
Mittwoch, den 16. April 1919, abends 5 Uhr:
Allgemeine Versammlung
aller in den Knopf- und Korsettbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen,
im Lokal Andreassäle, Andreasstr. 21.
Tagesordnung:
Wie stellen wir uns zu unseren Lohnverhältnissen.
Erscheinen unbedingt notwendig!

Donnerstag, den 17. April 1919, abends 5 Uhr:
Branchen-Versammlung
aller in Schraubenbetrieben beschäftigten Personen
in Graumanns Festsälen, Naunynstr. 27.
Tagesordnung:
1. Kenntnisnahme des Beschlusses der Handbank- und Automateneinrichter.
2. Bericht über die Handhabung des Kollektivvertrages.
3. Diskussion.
4. Verschiedenes.
Die Kollegen der Firmen Archimedes, A. Schulze jr., Erdmann & Groß, Schwartzkopff (Reinickendorf), Hektor u. Markuse, Gurli, Bunke, Gudikatis und Nevic & Weiße sind zu dieser Versammlung besonders eingeladen.
— Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. —
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Zimmerer Groß-Berlins!

Am Donnerstag, den 17. April, abends 6 Uhr, findet in den Sophiensälen, Sophienstr. 17/18 (großer Saal) eine öffentliche
Zimmererversammlung
statt.
Tagesordnung:
1. Die Lage im Baugewerbe.
2. Freie Aussprache.
Der Vorstand
des Vereins der Zimmerer Berlins und Umgegend.

Verband der Gastwirtsgehilfen

Verwaltungsstelle Groß-Berlin.
Gastwirtsangestellte aller Branchen
der Hotel-, Wein-, Bier-, Caféhaus- und Kabarettbetriebe.
Mittwoch, den 16. April 1919, nachts 12 Uhr:
Große allgemeine Mitgliederversammlung
in folgenden Lokalen:
1. Kammerlichtspiele, Potsdamer Platz.
2. Reichshallen, Dönhoffplatz.
3. Lehrervereinshaus, Alexanderplatz.
4. Café Stern, Oranienburger Tor.
Tagesordnung:
1. Bericht über die letzten gepflogenen Tarifverhandlungen.
2. Entscheidung über Duldung der Tarifbrüche durch die Unternehmer oder — Streik???
Erscheint vom ersten bis zum letzten Angestellten, ob Mann oder Weib!!!
Agitiert für Massenbesuch!
Die Arbeitsgemeinschaft der Angestelltenverbände.
J. A.: Verband der Gastwirtsgehilfen.
N. 24, Elsasser Str. 88/88.

Berliner Maler-Berufsverein „Freiheit".
Mitglieder-Versammlung
Donnerstag, den 17. April 1919, abends 7 Uhr, in Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11/12.
Tagesordnung:
Stellungnahme zur Maifeier.
Vereinsangelegenheiten
— Mitgliedsbuch legitimiert. —
Zahlreiches Erscheinen erwünscht.
Der Vorstand.

Zur Aufklärung

geben wir hierdurch bekannt, daß wir, die streikenden Angestellten der Berliner Banken, aufgefordert haben, die von den Bankleitungen durch Einschreibbrief gewünschte Erklärung zur „Arbeitswilligkeit" auch ihrerseits abzugeben und trotzdem im Streik verharren, bis er von den unterzeichneten Organisationen als beendet erklärt wird.

Das den Banken zugehende Material an Zustimmungserklärungen gestattet danach keinen Ueberblick, welche Anzahl von Beamten im Sinne der Bankleitungen als „arbeitswillig" bezeichnet werden kann.

Allgemeiner Verein Deutscher Bankbeamten.
Deutscher Bankbeamten-Verein.
Zentralstreikleitung der Bankangestellten.

U. S. P. D. Zeuthen-Miersdorf.

Der Zahlabend findet am Mittwoch, den 16. April, 7½ Uhr im Lokal von Paul Enzert, Zeuthen, statt.
Der Vorstand.

A. E. G.-Angestellte.

Mittwoch, den 16. April, mittags 1 Uhr
Versammlung im Zirkus Busch.
A. E. G.-Streikleitung.

Vollversammlung

der Angestellten der B. E. W., Berliner Werk
am 16. April, abends 6 Uhr, in den Pharus-Sälen.
Erscheinen Aller unbedingt notwendig.
Die Streikkontrolle findet im Saale statt.
Die Streikleitung. W. Hesse.

Verband der Bureauangestellten Deutschlands.

Ortsgruppe Groß-Berlin.
Achtung! **Erwerbslose!** Achtung!
Die Auszahlung der Unterstützung zu Ostern findet für die Woche vom 14. April 1919 bis 19. April 1919 am Sonnabend, den 19. April 1919 in der Zeit von ½9—½2 Uhr statt. Für die Woche vom 20. 4. 19 bis 26. 4. 19 findet die Auszahlung in der üblichen Weise statt. Die Kontrolle für diese Woche hat am Mittwoch, den 23. April 1919, Donnerstag, den 24. April 1919 und Sonnabend, den 26. April 1919, zu erfolgen.
Die Ortsverwaltung.
Verband der Bureauangestellten Deutschlands.
Ortsgruppe Groß-Berlin.
J. A.: Schwarz.

Achtung! Kassenangestellte! Achtung!

Heute, Mittwoch, nachmittags 2½ Uhr, findet in den Concordia-Festsälen, Andreasstr. 64, eine
Versammlung
aller in den Krankenkassen Groß-Berlins beschäftigten Angestellten
statt.
Tagesordnung:
1. Stellungnahme zum Mitbestimmungsrecht der Angestellten.
2. Diskussion.
Kollegen, es ist Ehrenpflicht eines jeden Angestellten, pünktlich zu erscheinen, da wichtige Beschlüsse gefaßt werden müssen.

Zentralverband der Handlungsgehilfen

Sektion der Angestellten der Kriegsorganisationen
Berlin, Kaiser-Wilhelm-Str. 20.
Sektions-Versammlung
am Mittwoch, den 16. April 1919, abends 7 Uhr, im großen Saal der Musiker-Festsäle, Kaiser-Wilhelm-Straße 31.
Tagesordnung:
1. Der Kampf um unser Mitbestimmungsrecht. Ref.: Koll. Tillich.
2. Aussprache.
3. Wahl einer Sektionsleitung.
Erscheinen aller Verbandsmitglieder der Kriegsgesellschaften ist unbedingt notwendig.
Für die Sektionsleitung.
gez. Wendland.

Kreis-Wahlverein Niederbarnim
Bezirk Reinickendorf-Ost.
Am Sonntag, den 13. April 1919, verstarb ganz plötzlich an Lungenentzündung unser treues Mitglied, der Bezirksführer
Gustav Matthes
Raschdorffstr. 108. Der Verstorbene lebte zu unserer Freude mit tiefer Ueberzeugung unserer proletarischen Sache. Unsere und seine Hoffnung, bald wieder mit uns zu kämpfen, ist nun dahin.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 17. April nachmittags 3½ Uhr vom Gemeindefriedhof Humboldtstr. aus statt.
Zur Teilnahme treffen sich die Mitglieder um 2 Uhr im Jugendheim.
Ehre seinem Andenken!
Die Bezirksleitung.

Steglitz.

Vom 1. Mai d. J. wird unsere Spedition von Rauch zu
Hermann Bernsee, Mommsenstr. 59
verlegt. Wir bitten alle unsere Abonnenten in Steglitz, ihre Adresse sofort dem neuen Spediteur Hermann Bernsee, Mommsenstraße 59, der Konsumverkaufsstelle, Albrechtstr. 115 oder den Funktionären der U. S. P. D. in Steglitz bekanntzugeben, um eine Stockung, die durch einen Speditionswechsel möglich ist, zu vermeiden. Wir machen unsere Abonnenten darauf aufmerksam, daß vom 1. Mai an die Zeitung 2 mal täglich ins Haus pünktlich gebracht werden wird.
Verlag „Freiheit", e. G. m. b. H.

Wir suchen für unseren Betrieb für sofort einen
Maschinenmeister,
der mit U. K. U. M., Exzelsior-Zigarettenmaschinen und Hülsenmundstück-Stopfmaschinen (Universelle) vertraut sein muß.
Bewerber, die diesen Anforderungen entsprechen, ersuchen um schriftliche Angebote unter Angabe ihrer Ansprüche
Bosnia-Zigarettenfabrik,
Berlin O. 27, Alexanderstraße 27b.

Für das Arbeitersekretariat Stettin wird
ein Sekretär
gesucht. Die Anstellung erfolgt nach den Bestimmungen des Vereins Arbeiterpresse. Zum Gehalt wird die örtliche Teuerungszulage gewährt. Es wird auf eine eingearbeitete Kraft reflektiert. Dienstjahre werden angerechnet. Der Antritt soll möglichst bald erfolgen.
Bewerbungen sind bis zum 1. Mai d. J. an das Gewerkschaftskartell Stettin, Gr. Oderstr. 18/20 zu richten.

Unserer lieben Kassiererin, Genossin Luise V...
Zum 50. Geburtstag
16. 4.
die besten Wünsche
vom Familien-Sparverein „Freiheit".

Zum 50. Geburtstag der Genossin ... die besten Glückwünsche ...
Du wirktest ... Freiheit — ...
So wirke ...
Genossinnen und ... vom Bezirk ...

Nachruf.
Hierdurch ... gliedern zur ... daß unsere ... der Schlosser
Robert He...
Warschauer ... am 4. März ... storben, und der ...
Emil Lie...
... am 3. November ... den Folgen des ... gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Der V...

Arbeiter-Rad... „Solidarität" ...
Am Sonntag, ... früh 7½ Uhr ... nach kurzem ... unser langjähriges ... glied und Mitbegründer des Vereins, ... genosse
Gustav M...
im Alter von ...
Er war ... Sportgenosse ... werden in ... weiterwirken.
Die Beerdigung ... am Donnerstag ... nachmittags ... Treffpunkt ... Franke, ... str. 106.

Bezirk Weiß...
Unseren ... Mitteilung, daß ... abend, den 12. 4. ... langem, schwerem ... den unser ...
August Sch...
Generalst... verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung ... am Mittwoch, ... d. M., auf dem ... kirchhof in ... heide statt.

Sängerchor ... Südost, M. d. A. ...
Als weiteres ... Weltkrieges ... Lazarett zu ... treues Mitglied
Artur Sz...

Danksagung
Allen denen, ... meinem lieben ...
Georg Kau...
die letzte Ehre ... haben, sage ich ... aufrichtigen Dank.
Martha Kauffa...

Rechtsrat! ... straße 11 ... Vertretung ... wärtiger Gerichte ... Alimenten-, Straf... gelinde. Letzte ... 7 Wochen ... Erfolgreiche ... suche. Viele ... erteilung ... freitag vormittag ...

Darlehen in ... Mk. 100 aufwärts ... Ledigen, auch ... reiche Dankschr... quemste Rate... Bureau Borsig... Karfreitag vorm...

Kostenlose ... ratung! Spezialist ... Strafsachen! ... reßführung ... Mielke, Demminer ... Puttbuser Str. ... freitag vormittag ...

Zigarren, ...
Zigarrengeschäft ... Antonstraße ...

Wer jetzt arbeitet, spart, schafft ... Bahn für die Zukunft
Deutscher Sparkassen...

Facharzt
für Haut-, Harn-... leiden, ... — Blutunters... Schnellste ... anstechender ... heiten der ...
Dr. Ritters ... Heilanstalt ...
11-1, 5-7. ...

Deutsche Nationalversammlung

88. Sitzung. Dienstag, den 15. April.

Abg. Katzenstein (Soz.) macht Vorschläge zur Behebung der Wohnungsnot und fordert Höchstpreise für Wohnungen.

Regierungskommissar Dr. Lowe: Die Maßnahmen zur Behebung der Wohnungsnot sind in erster Reihe Sache der Einzelstaaten und der Gemeinden. Das Reich hat im Augenblick nur die Möglichkeit, die Einzelstaaten und die Gemeinden zu unterstützen. Höchstpreise für Wohnungen wären unduchführbar.

Es folgt die erste Lesung der Vorlage zur Festlegung des

1. Mai als Nationalfeiertag.

Nach der Regierungsvorlage solle der 1. Mai zum allgemeinen Nationalfeiertag erhoben werden. Hierzu beantragen die Abgg. v. Payer (Dem.) und Müller-Breslau (Soz.) für den entscheidenden § 1 die Fassung, die wir bereits in der gestrigen Abendnummer brachten und kommentierten.

Die Unabhängigen Sozialdemokraten beantragen, neben dem 1. Mai auch den 9. November zum allgemeinen Feiertag zu machen.

Reichsminister Dr. David: Wir fordern einen allgemeinen Feiertag, der den hohen Idealen des internationalen Arbeiterschutzes und des Weltfriedens geweiht sein soll. Dem internationalen Charakter dieses Tages entsprechend, soll dahin gewirkt werden, daß dieser Feiertag ein Weltfeiertag werde. Als geeigneter Tag dafür wird der 1. Mai in Vorschlag gebracht.

Der 1. Mai ist ein uralter Naturfeiertag,

ein hohes Kulturideal hinein gelegt: Die Befreiung von der Frohn einer übermäßigen Arbeitszeit als der Voraussetzung eines hohen Kulturdaseins. Das Kantische Sittengesetz, daß der Mensch seinen Mitmenschen nicht als bloßes Mittel zum Zweck mißbrauchen dürfe, rang nach Anerkennung. Diese hohen Gedanken lagen der Forderung des Achtstundentages zugrunde. Die Revolution hat der deutschen Arbeiterschaft mit einem Schlage die Erfüllung dieser Forderung gebracht. Aber diese Forderung muß wie alle anderen sozialpolitischen Forderungen auch international gesichert werden. Daher fordern wir die internationale Festlegung des Achtstundentages und der gesamten Arbeiterschutzgesetzgebung auf der Friedenskonferenz. Der 1. Mai, bisher ein Kampffeiertag der proletarischen Arbeiterschaft, soll nunmehr ein allgemeiner Volksfeiertag werden. Das Gefühl politischer Gleichberechtigung und sozialer Ebenbürtigkeit aller Diener der Volksgemeinschaft soll an ihm gepflegt werden. (Beifall b. d. Soz.) Noch werden erbitterte Kämpfe geführt zwischen Parteien und Schichten in unserem Volke. Aber der ernste Wille, auf der neuen politischen Grundlage die Gegensätze zu überwinden, sollte von allen Seiten gefördert und am 1. Mai zum Ausdruck gebracht werden. (Zustimmung b. d. Soz.) Ein in diesem Geiste gefeierter 1. Mai wäre ein Volksfeiertag im edelsten Sinne des Wortes und noch einem zweiten Ideal gilt der 1. Mai: dem Ideal einer dauernden Gemeinschaft der Völker. Auch dafür hat die Arbeiterschaft aller Länder seit Jahrzehnten am 1. Mai demonstriert. Erschien die Forderung eines dauernd gesicherten Weltfriedens vor dem Kriege als das theoretische Ideal einer noch fernen Zeit, so ist diese Forderung heute eine der dringendsten und brennendsten Forderungen der internationalen Politik geworden. Das deutsche Volk in seiner überwältigenden Mehrheit ist einig in dem Willen, keinen Krieg mehr zuzulassen. Anders steht es freilich noch mit den siegreichen Völkern. Dort sind Machtpolitiker an der Arbeit. Wir sehen ja an der heutigen Nachricht über das Saarbecken, mit welchen Plänen sich unsere Gegner tragen. Gegen solche Pläne appellieren wir an die Arbeiter auch in den siegreichen Ländern. Würden diese Pläne durchgesetzt, so wäre ein dauernder Weltfriede unmöglich. Nur auf der Grundlage eines gerechten, auch für das deutsche Volk annehmbaren Friedens kann die Gewähr seiner Dauer geschaffen werden. Das soll am ersten Mai als der entschlossene Wille des gesamten deutschen Volkes allen Feinden eines dauernden Völkerfriedens zum Bewußtsein gebracht werden. Jetzt ist die weltgeschichtliche Stunde. Der Krieg hat Bankerott gemacht für alle Zeiten. Die Regierung nimmt den demokratisch-sozialdemokratischen Antrag an. So möge das deutsche Volk sich rüsten zur allgemeinen Feier des ersten Mai. Möge es sie gestalten zu einer machtvollen Bekundung des Willens zum Frieden im Innern unserer Volksgemeinschaft und zum dauernden Frieden von Volk zu Volk. (Lebh. wiederh. Beifall bei den Soz.).

Abg. Ehrhardt (R.): Der Antrag ist der Ausfluß der Stimmung, die unter dem Eindruck der Umwälzung entstanden ist. Meine Parteifreunde und ich wissen die Ereignisse der jüngsten Vergangenheit zu würdigen; wir sind der Ueberzeugung und Hoffnung, daß diese Umwälzungen nicht nur Schaden anrichten, sondern auch den Sieg nützlicher Ideen zur Folge haben müssen. Von diesen Erwägungen ausgehend, können wir dem Abänderungsantrage zum größten Teile zustimmen. „Für den Weltfrieden, für den Völkerbund, für den internationalen Arbeiterschutz wird ein allgemeiner Feiertag eingeführt, für den der Charakter eines Weltfeiertages erstrebt wird“, so könnte der Antrag lauten, der dem Friedenskongreß unterbreitet werden könnte, und dem wir ohne weiteres zustimmen würden. Aber wissen wir denn, ob unsere Gegner gewillt sind, einen derartigen Feiertag anzunehmen und einzuführen? Wir stehen alle unter dem Eindruck der niederdrückenden Waffenstillstandsbedingungen und noch wissen wir nicht, welche weiteren Demütigungen uns in Aussicht stehen. Wir durchleben augenblicklich eine Zeit der Demütigungen, die an die schlimmsten Zeiten der deutschen Geschichte erinnert. (Sehr wahr!) Aber auch im Innern ist keine nationale Geschlossenheit vorhanden. Weite Kreise unseres Volkes sind angesichts der Lage der Ansicht, daß es zweckmäßig wäre, einen Trauer- und Bußtag einzuführen, durch den unser Volk auf den furchtbaren Ernst der Lage hingewiesen wird. In voller Würdigung der Gesamtverhältnisse ist die große Mehrheit meiner Parteifreunde nicht in der Lage, dem Abänderungsantrage zuzustimmen. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Pachnicke (Dem.): Dem Antrag der Unabhängigen, den 9. November zu feiern, stimmen wir nicht zu. Ich untersuche nicht, inwieweit die Ereignisse jenes Tages erklärlich sind, ich stelle in einem Augenblick, wo wir etwas schaffen wollen, das keine parteipolitischen, sondern nationale Züge trägt, nicht die Frage nach der Schuld. Revolutionen treten ein, wenn Reformen versäumt wurden. Darum braucht noch nicht jede Revolution ein Glück für die Völker zu sein. Ein Glück war wahrlich diese Revolution in der militärischen Lage, in der wir uns befanden, nicht. Und auch ihre Folgen stimmen nicht zur Festesfreude.

Anders der Antrag, den wir zusammen mit den Mehrheitssozialdemokraten stellen. Er lenkt das Auge des Volkes auf die gemeinsamen Ideale des Weltfriedens, des Völkerbundes, des Schutzes der Arbeitskraft in allen Ländern. Mit ihm nehmen wir dem Tag den Charakter eines Kampftages, den er früher hatte. Mit ihm fordern wir die Kulturwelt auf, uns auf dem betretenen Wege zu begleiten, sich weiter mit uns zu vereinigen in der Verfolgung höchster Menschheitszwecke, auf welchen Tag wir die Feier verlegen, behalten wir uns vor. Darüber soll der Gang der Dinge entscheiden. Für das laufende Jahr ist der 1. Mai die rechte Zeit, denn da stehen wir dicht vor der Entscheidung über unsere Zukunft, da kann, nachdem die Vertretung des Volks am Schlusse der Etatsberatung einen wuchtigen Appell an den Feind gerichtet hat, nunmehr das Volk selbst zu erkennen geben, welchen Frieden es will, daß es nur Bedingungen annimmt, wie man sie einem Gegner bietet, der nach tapferer Gegenwehr der Uebermacht erlag, nur Bedingungen, die nicht das Rückgrat brechen, die uns die Entwicklungsmöglichkeit gelassen. Wie der Tag gefeiert wird, bleibt jedem überlassen. Wir beugen damit den unliebsamen Konflikten vor, die sich damals an den 1. Mai knüpften, als er noch ein Fest des Klassenkampfes war.

Abg. Dr. Kölysch (Dnatl.): Ich bitte dringend, davon abzusehen, den 1. Mai zum nationalen Feiertag zu erheben. Die Frage des 1. Mai ist letzten Endes eine politische und eine Kulturfrage. Ist es da wirklich notwendig, in dieser Zeit dem ganzen Volke noch einen Feiertag aufzudrängen und aufzuzwingen? Nicht einen neuen Feiertag brauchen wir, sondern eher einen Trauertag. (Widerspruch und lärmende Zurufe bei den Soz.) Der Vorschlag aber, gerade den 1. Mai als Feiertag zu nehmen, erfährt eine besondere Beleuchtung durch den Antrag der Unabhängigen, auch den 9. November zu einem Feiertag zu machen. Der 9. November mag für manchen ein Tag der Freiheit und des Glücks sein, für uns ist er eine schwarzer Trauertag, und die Absicht, ihn zu einem Feiertag zu machen, bedeutet im Zusammenhang mit dieser Vorlage eine Herausforderung an die ganze bürgerliche Gesellschaft. Aus wutschnaubendem Haß gegen unsere christlichen Feiertage soll der 1. Mai gefeiert werden. Die Sozialdemokraten haben hier alle bürgerlichen Parteien gegen sich.

Abg. Haase (U. Soz.):

Zwischen der Weltanschauung des Vorredners und der unsrigen besteht eine unüberbrückbare Kluft. Die unsrige hat ihren Siegeslauf angetreten und wird ihn vollenden. Aber wir handeln nicht aus Haß. Meine Partei feiert den 1. Mai seit 29 Jahren und wird ihn feiern, wie auch der Beschluß der Nationalversammlung ausfallen wird. Dem Minister David gegenüber stelle ich fest, daß in Frankreich, England, Italien die sozialdemokratischen Parteien einen scharfen Kampf gegen die Kriegstreiber in ihrer eigenen Mitte, gegen die Blockade Deutschlands, für humane Behandlung der Gefangenen usw. führen. Gewaltpolitik treiben nicht die Arbeiter, sondern die Bourgeoisie. Die Arbeiter in England, Frankreich und Italien sind mit uns für Völkerverbrüderung und Völkerversöhnung und werden mit uns den 1. Mai d. J. feiern. Für die Arbeiterklasse handelt es sich am 1. Mai um das Gelöbnis zum Sozialismus.

Der Antrag Payer-Müller will dem 1. Mai diesen Charakter rauben. Die Arbeiterklasse denkt aber nicht daran, sich diesen Tag verschandeln zu lassen. Wir wollen eine klare Entscheidung, kein verwaschenes Kompromiß. Der 9. November erweckt auf der Rechten und bei den Demokraten keine angenehme Erinnerung, sie haben die Revolution nur widerwillig über sich ergehen lassen. Wird aber unser Antrag abgelehnt, so wird dadurch bewiesen, daß die Nationalversammlung der Revolution verständnislos und feindlich gegenübersteht. Die Revolution wird ihren Siegesweg fortsetzen. (Beifall bei den U. Soz.)

Reichsminister Dr. David: Der Vorschlag, den 9. November heute ebenfalls zum Feiertag zu erheben, erscheint verfrüht. Die definitive Entscheidung darüber, welche Nationalfeiertage festgesetzt werden sollen, steht noch aus, der 9. November ist noch lange hin, darüber können wir uns später unterhalten. (Lachen bei den U. Soz.), während der 1. Mai eine aktuelle Frage ist. Der Antrag von Payer-Müller hat den großen Vorzug, daß er den Charakter dieses Feiertages und die Ideale, denen er geweiht ist, festlegt auch für die offiziellen Feiern in Schulen usw.

Wenn Abg. Koeltsch meinte, er wolle nicht aufreizen, so haben in der Tat seine Worte sehr stark diesen Eindruck gemacht. Worte christlicher Versöhnung waren es wirklich nicht. (Erneute Zustimmung links.) Wenn er die christlich denkenden in diesem Hause zur Ablehnung des Gesetzes auffordert, so ist mir nicht klar, inwieweit die Lehren und Forderungen des Christentums sich im Gegensatz befinden zu den Idealen, denen dieser Maifeiertag geweiht sein soll.

Abg. Dr. Mittelmann (D. Vp.): Auch die letzten Ausführungen des Ministers können meine Freunde nicht von der Notwendigkeit überzeugen, jetzt, wo das ganze Volk arbeiten sollte, einen Tag einzulegen, an dem das Nichtstun nationale Pflicht ist. Wir betrachten dieses Gesetz als eine Herausforderung des ganzen deutschen Bürgertums. Es entspricht nicht den Tatsachen, daß weite Volkskreise diesen Parteitag gefordert hätten. Lediglich das klassenbewußte Proletariat hat diese Forderung aufgestellt, und das besitzt auch heute noch nicht die Mehrheit.

Abg. Hildenbrand (Soz.): Leider mußte bisher der 1. Mai im Kampfe gegen Behörden und Unternehmertum durchgesetzt werden; wir wollten, daß es ein Friedensmai würde, die Unternehmer haben ihn zu einem Kampftag gemacht. Wir haben jetzt ein neues Deutschland, im Kriege haben die Arbeiter ihre volle Schuldigkeit getan und für den Wiederaufbau des Reiches ist man auf die Unterstützung der Arbeiter angewiesen; es ist daher kurzsichtig, ihren Wünschen nicht entgegenzukommen.

Damit schließt die Aussprache.

In der Abstimmung wird der Antrag der Unabhängigen gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Der Antrag von Payer-Müller wird mit den Stimmen der Sozialdemokraten, eines Teiles der Demokraten und einiger Zentrumsabgeordneter angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des „Ermächtigungsgesetzes“. Nachdem Abg. Waldstein als Berichterstatter die Beschlüsse des Ausschusses empfohlen hat, wird die Vorlage in der Ausschußfassung angenommen.

Außerhalb der Tagesordnung erhält das Wort zu einer Erklärung der Abg. Haase (U. Soz.): Der Minister Erzberger hat in der Sitzung vom 7. März in der Nationalversammlung gesagt, die Note vom 12. Dezember, in der vom Kampf gegen den Bolschewismus die Rede ist, sei in einer Kabinettssitzung der alten Regierung, an welcher nur die drei unabhängigen Sozialdemokraten teilgenommen hätten, während die Mehrheitssozialisten durch Krankheit verhindert gewesen seien, beschlossen worden. Am 27. März verharrte er trotz meines Widerspruches bei dieser Darstellung. Nach dem amtlichen Protokoll des Reichskanzlers haben an der Sitzung vom 12. Dezember sämtliche Mitglieder teilgenommen und sich mit ganz anderen Gegenständen beschäftigt. Die betreffende Sitzung hat am 27. Dezember stattgefunden. Redner verliest das Protokoll darüber, das sich namentlich auf die Anforderungen des Generals Foch wegen Rücktransports der Truppen aus dem Osten und wegen des Kampfes gegen den Bolschewismus bezieht. Er stellt danach fest, daß die von ihm und seinen Freunden gefaßten Beschlüsse und gemachten Ausführungen nichts vom Kampf gegen die Bolschewisten enthalten hätten, daß sie vielmehr diesen Kampf abgelehnt hätten. Herr Erzberger habe zugestimmt und erklärt, daß der Abschluß eines Waffenstillstandes mit der russischen Regierung wegen des Rücktransports der Truppen zu erwägen sei. Die Darstellungen des Herrn Erzberger seien also [illegible] gewesen.

Reichsminister Erzberger: Ich kann nicht zugeben, daß meine Darstellung unrichtig gewesen ist. Unrichtig ist nur das Datum gewesen, die Kabinettssitzung hat nicht am 12., sondern am 27. Dezember stattgefunden. Das bedeutet gar nichts. Richtig ist meine Behauptung, daß drei Mitglieder der Unabhängigen in der Sitzung waren. Die Note ist des Inhalts, daß wir alles tun, um die Gefahr des Bolschewismus abzuwehren, daß die Entente selber aber auch das ihrige dazu tun müsse. (Redner verliest die Note im Wortlaut.)

Es ist also richtig, was ich behauptet habe, daß am 29. Dezember eine Note des Inhalts, wie ich sie angegeben habe, abgegeben worden ist. (Abg. Haase: Aber nicht von der Regierung!) Nein, aber von der Waffenstillstandskommission. Das Auswärtige Amt hatte mir damals gesagt, daß mit der Note alles in Ordnung sei, so daß ich annehmen mußte, daß dem Beschlusse des Kabinettes entsprechend diese Note auch dem Kabinett mitgeteilt worden war. Wenn der Abg. Haase sagt, ihm sei diese Note nicht mitgeteilt worden, so zweifle ich daran nicht. Das Auswärtige Amt hat mir jetzt noch ausdrücklich bestätigt, daß es die Note dem Abg. Haase damals nicht mitgeteilt hat. (Hört! Hört! b. d. U. Soz.) Mich selbst kann irgend ein Vorwurf nicht treffen. Die Behauptung, daß die Minderheitssozialisten den Wortlaut der Note gekannt hätten, kann ich also nicht aufrechterhalten.

Damit ist die Angelegenheit erledigt.

Es folgt die

zweite Lesung des Kaligesetzes.

Der Ausschuß hat die Regierungsvorlage mit der Aenderung angenommen, daß spätestens bis zum 1. April 1920 eine Aufhebung oder Abänderung des Kaligesetzes und aller seiner Abänderungsgesetze durch ein besonderes Reichsgesetz erfolgen muß. Von den Unabhängigen liegt ein Antrag auf Einordnung des Rätesystems in den Kalibergbau vor.

Die Debatte über diese Anträge bringt nichts neues. Die Redner der Rechtssozialisten und Demokraten, Breul und Pohlmann, befürworten den Vorschlag des Ausschusses und polemisieren gegen den Antrag der Unabhängigen. Abgeordneter Cohen widerlegt sie kurz und begründet den Antrag seiner Fraktion.

Die Vorlage wird in zweiter und dritter Lesung in der Fassung des Ausschusses gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der U. Soz. angenommen.

Hierauf erhält zu einer besonderen Mitteilung außerhalb der Tagesordnung das Wort: Ministerpräsident Scheidemann. Er verliest eine

Osterbotschaft des Reichspräsidenten Ebert an die Nationalversammlung.

Es heißt darin:

Die Nationalversammlung, als die berufene Vertreterin des deutschen Volkes hat am 10. April mit großer Einmütigkeit die Erwartung ausgesprochen, daß die Reichsregierung nur einem Frieden der Verständigung und Versöhnung zustimmt und jeden Vertrag ablehnt, der Gegenwart und Zukunft des deutschen Volkes und der Menschheit preisgibt.

Ich begrüße diese Kundgebung. Der Wille des deutschen Volkes wird für die Reichsregierung maßgebend sein.

Obgleich wehrlos und wirtschaftlich am Ende, werden wir durch die Blockade immer noch abgesperrt, werden unsere Gefangenen immer noch in Feindesland zurückgehalten. Das ist gleichbedeutend mit der Fortsetzung des Krieges und eine Belastung, wie sie wohl noch kein Volk zu bestehen hatte.

Wir haben alles getan, um bei unseren Feinden den Friedensschluß zu erreichen, um unser Volk von dieser unerträglichen Qual zu befreien. Die Verantwortung für alle Folgen, die sich aus der Fortdauer des jetzigen Zustandes für uns, für das übrige Europa und letzten Endes für die ganze Welt ergeben müssen, fällt somit auf sie. Dies mögen sich unsere Gegner in zwölfter Stunde vor Augen halten.

Friede, Arbeit und Brot und das neue Deutschland zu schaffen, ist aber auch unmöglich, solange Teile unseres eigenen Volkes in einem Kampf verharren, der unser schwer darnieder liegendes Staats- und Wirtschaftsleben vollends zu vernichten droht. Wohl ist viel gesündigt worden am deutschen Volke in vier schweren Kriegsjahren, darum ist unsere erste Pflicht, zu versöhnen, zu helfen und zu bessern. Aber der Drang der Massen nach Menschlichkeit und Menschwürdigkeit ist keine Entlastung für eine Handvoll führender Unruhestifter, die planmäßig den Ausbau der deutschen Republik zu stören trachten. Die bolschewistische Diktatur der Minderheit des Proletariats würde den Zukunftsstaat Deutschland sicher in wenigen Monaten ruinieren.

Selbstverständlich muß berechtigten wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten Rechnung getragen werden. Dafür wird sich die Regierung immer einsetzen, aber sinnlose politische Streiks setzen das Schicksal der Arbeiter und ihrer Familien aufs Spiel und müssen zur Verelendung führen. Deshalb gebietet uns das Lebensinteresse unseres Volkes, diesen Bestrebungen mit allen Kräften entgegenzutreten und gegen Gewaltakte terroristischer Elemente entschieden einzuschreiten.

Schleuniger Friede nach außen, fußend auf der Grundlage der Verständigung und des Bundes aller Völker, ist für uns eine Lebensfrage. Aber nicht weniger beruht unsere Rettung vor dem Untergang auf der Notwendigkeit von Frieden und Arbeit im Innern. Darum wende ich mich in dieser ernsten Stunde an unser deutsches Volk in allen seinen Schichten mit der mahnenden Bitte: Laßt ab von der Selbstzerfleischung, überwindet Euch, tut die Augen auf vor dem Abgrund, arbeitet!

Darauf beendet der Präsident Fehrenbach mit einem kurzen Schlußwort die Tagung.

Bekanntmachung.

Am Sonnabend, den 19. April 1919, vormittags 10 Uhr findet in den Kammersälen, Teltower Straße, eine

Vollversammlung

der Groß-Berliner Arbeiterräte, der kommunalen Arbeiterräte, sowie der Delegierten der Soldatenräte statt.

Tagesordnung: 1. Bericht vom Rätekongreß. 2. Neuwahl des Vollzugsrats.

Wir ersuchen alle Arbeiterräte, pünktlich zu erscheinen. Den Fraktionen wird anheimgestellt, rechtzeitig zur Vollversammlung Stellung zu nehmen.

Der Vollzugsrat
des Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenrates.
gez.: Rich. Müller. gez.: Paul Neue.

Achtung! Arbeiterräte der U. S. P. D.

Am Donnerstag, den 17. April, nachmittags 3½ Uhr, findet im Sitzungssaale des Herrenhauses, Leipziger Straße eine Fraktionssitzung statt. In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung erwartet zahlreiches Erscheinen. Der Fraktionsvorstand.

Groß-Berlin.

Stadtverordneten-Versammlung.

Die Stadtverordnetenversammlung war gestern abend zu einer außerordentlichen Sitzung zusammengetreten, um den neben der Etatsberatung aufgetürmten Beratungsstoff bewältigen zu können. Von unserer Fraktion und auch von den Rechtssozialisten lagen Anträge vor, die sich auf die stockende Müllabfuhr und deren Uebernahme durch die Stadt bezogen. Gen. Jadeck wies auf die gesundheitlichen Gefahren hin und verlangte, daß städtischerseits Versuche mit Müllverbrennung unternommen, jedenfalls aber alles zur Beseitigung des Uebelstandes getan werde. Auch der Rechtssozialist Dr. Kollwitz forderte Uebernahme in städtischen Betrieb.

Die Entfernung von Bildern und Büsten der Hohenzollern aus den städtischen Gebäuden bildete den nächsten Punkt der Tagesordnung. Gen. Weise begründete den Antrag unserer Fraktion. Die Rechtssozialisten schlossen sich dem an. Der Magistrat ließ durch Oberbürgermeister Wermuth vernünftigerweise erklären, daß die Symbole einer vergangenen Zeit in die Gegenwart nicht hineinpassen und entfernt werden müssen. Nur solche Bildwerke von hohem künstlerischen oder kunsthistorischem Wert seien anders zu behandeln. Diesen Gesichtspunkten entsprechend werde der Magistrat dem Antrage gemäß handeln. Herr Cassel sprach demgegenüber von den „großen" Taten der „großen" Hohenzollern. Andere flossen zur Erheiterung des ganzen Hauses noch mehr in Byzantinismus über. Die Mehrheit beschloß dem Antrag entsprechend.

Gegen den wilden Straßenhandel, die Glücksspieler und Hehler wandte sich ein Antrag Cassel. Begründend rief Herr Mertens nach mehr Polizei und Militär. Die kriegsbeschädigten Musikanten wünscht er ausreichend unterstützt zu sehen, damit sie von der Straße verschwinden können. Und schließlich trat er den überhandnehmenden Rummelplätzen entgegen. Dr. Löhning als Magistratsvertreter betonte seine Uebereinstimmung mit den Tendenzen der Antragsteller und bedauerte, daß die städtische Verwaltung ohnmächtig sei, weil ihr die Straßen- und Gewerbepolizei nicht zustehe. Genosse Weinberg ging auf den Ursprung der Erscheinungen ein, auf die demoralisierende Wirkung des Krieges. Er lehnte den Polizeisäbel und das Maschinengewehr als Heilmittel ab und wies nach, wie nur eine grundlegende wirtschaftliche Umgestaltung die Dinge bessern könne. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Die unentgeltliche Ueberlassung von Turnhallen und Schulaulen zu Versammlungen forderte ein weiterer Antrag unserer Genossen. Die Turnhallen sollen natürlich auch den Arbeiterturnern zur Verfügung stehen. Der Antrag wurde mit der Maßgabe angenommen, daß die unterrichtlichen und erzieherischen Zwecke nicht beeinträchtigt werden.

Debattelos wurde dem Tarifabschluß mit dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter gutgeheißen und 200000 Mark für den Arbeitsnachweis zur Verfügung gestellt.

Erregung und Bewegung der Sanitätssoldaten.

Das neueste Geistesprodukt des Kriegsministeriums, jene famose Verfügung, die die Herabsetzung der Löhnung für Lazarettsoldaten auf den Friedensstand festsetzte, hat begreiflicherweise eine starke Erregung unter den Soldaten, insbesondere unter dem militärischen Lazarettpersonal hervorgerufen, die sich bereits in spontanen Streiks Luft gemacht hat. Infolgedessen sahen sich die weltfremden Bürokraten im Kriegsministerium veranlaßt, die Verfügung schleunigst wieder aufzuheben und durch einen neuen Vertragsentwurf die Arbeitsverhältnisse der Soldaten in den militärischen Dienststellen zu regeln. Danach sollen sie ab 1. Mai als freie Arbeiter entlohnt werden.

Mit diesem Tarif beschäftigte sich gestern eine stark besuchte Versammlung der Krankenwärter und Sanitätssoldaten des Reserve-Garnisonlazaretts I, an der auch Molkenbuhr vom Vollzugsrat teilnahm. Die Versammelten verlangten, daß sie zum mindestens in die dritte Klasse des Entwurfs aufgenommen werden, die einen Grundlohn von 400 Mark nach drei Monaten, 430 Mark nach sechs Monaten, 470 Mark und nach neun Monaten 500 M. für den Monat vorsieht. Einmütig wurde zum Ausdruck gebracht, daß sämtliche beschäftigten Soldaten als freie Arbeiter nach dem Vertrage angestellt werden müssen. Von einem Ueberfluß an Arbeitskräften könne keine Rede sein. Bis zum 28. April soll eine Kommission die Verhandlungen zum Abschluß gebracht haben.

Die Versammlung forderte weiter einstimmig die sofortige Amtsenthebung des Korpsarztes Velde, der den Schwestern den Besuch von Versammlungen und die Beteiligung an Organisationen verboten, sowie die Versetzung des Chefarztes Ellavik veranlaßt hat, weil dieser eine Soldatenratsversammlung besucht habe. Die Anwesenden brachten ihren Unwillen darüber zum Ausdruck, daß derartige Zustände unter einer „sozialistischen" Regierung möglich seien.

Der Bildungsausschuß des Ortsvereins Neukölln veranstaltet demnächst einen Rednerkursus. Genossen, welche sich auf Grund ihrer Vorbildung zur Teilnahme befähigt glauben, wollen Bewerbungsschreiben bis zum 1. Mai an den Obmann des Bildungsausschusses, Genossen Karl Schneider, Neukölln, Weisestr. 64, richten.

Der Kursus über allgemeine Wohnungs- und Gewerbehygiene für Arbeiterräte, Betriebsräte und Funktionäre aller Branchen beginnt Mittwoch, den 23. April, 7 Uhr abends, bei Prof. Benninghoven, Turmstraße 19.

Internationaler Bund der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebener (Ortsgruppe Spandau). Donnerstag abend 8 Uhr findet in den „Germaniasälen", Stresowplatz, die erste Mitgliederversammlung statt.

Lebensmittelkalender.

Spandau. Gegen Abtrennung von Feld 228 der Lebensmittelkarte ist außer in der Altstadt noch in einigen Geschäften ¼ Pfund Weichkäse zum Preise von 80 Pf. zu haben. Gegen Abtrennung des Feldes Nr. 233 der Lebensmittelkarte werden vom 16. d. M. ab 2 Pfund inländisches Weizenmehl in den einschlägigen Geschäften ausgegeben. Feld 233 verliert mit Ablauf von Dienstag, den 22. d. M., seine Gültigkeit. Am Donnerstag beginnt der Verkauf der städtischen Butter auf Butterabschnitt 2 der Lebensmittelkarte. Auf jeden Abschnitt werden 70 Gramm zum Preise von 98 Pf. verausgabt. Mit Ablauf von Mittwoch, den 23. April 1919, verliert Abschnitt 2 seine Gültigkeit.

Pankow. In dieser Woche werden auf A-Karten ¼ Liter, auf B-Karten ¼ Liter und auf C-Karten ¼ Liter Vollmilch verabfolgt. Soweit die ½-Liter-Krankenkarten nicht mit Frischmilch beliefert werden können, wird als Ersatz für die Zeit vom 15. bis 19. April 1 Büchse Kondensmilch gegen Abtrennung der Milchkartenabschnitte in den bekannten Geschäften verabfolgt.

Reinickendorf. Nach Auskunft der Zuckerverteilungsstelle Niederbarnim ist es zur Zeit unmöglich, Abschnitt 8 der laufenden Zuckerkarte vor dem Fest voll zu beliefern. Die Händler werden daher angewiesen, jedem Haushalt vorläufig nur auf die Hälfte der Karte Zucker abzugeben.

Friedrichsfelde. Mittwoch: Nährhefe gegen Vorzeigung der Haushaltskarte. Donnerstag: 150 Gramm Grieß auf Abschnitt 100 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte. Sonnabend: je nach Eingang [illegible] oder Rauchwaren.

Stralau. Es werden in allen die Ernährung und Versorgung der Einwohnerschaft betreffenden Angelegenheiten, Beschwerden usw. nicht nur von der Gemeindeverwaltung entgegengenommen. Die Einwohnerschaft kann sich aber auch mit ihren Beschwerden unmittelbar an die Mitglieder der neugebildeten Lebensmittelkommission wenden. — Vom Donnerstag ab gelangen zum Verkauf auf Grund der Berechtigungsliste: a) Butter auf Abschnitt 4 der Fettkarte. Auf jeden Abschnitt 62,5 Gramm, auf den Abschnitt der Kinderkarte 31,25 Gramm, auf den Abschnitt der Krankenfettkarte 125 Gramm Butter. b) Haferflocken auf Abschnitt 19 der Lebensmittelkarte 500 Gramm. c) Die noch in den einzelnen Geschäftsstellen vorhandenen Bestände an Marmelade können auf Abschnitt 20 der Lebensmittelkarte, soweit der Vorrat reicht, an die Einwohnerschaft abgegeben werden. Auf jeden Abschnitt entfallen 250 Gramm. d) Die Bestände an Wilber-Suppen können gegen Abschneiden der Abschnitte der Lebensmittelkarte an die hiesige Einwohnerschaft abgegeben werden.

Aus den Organisationen.

Nieder-Barnim.

Freitag vormittag 10 Uhr im Café Bellevue, Hauptstraße, Bahnhof Stralau-Rummelsburg, Kreiskonferenz. Wichtige Tagesordnung. Zutritt haben Bezirksleiter und Kassierer.

Der Kreisvorstand.

Zweiter Wahlkreis. Westen. Donnerstag, abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung in Zühlkes Festsälen, Dennewitzstr. 12.

Sechster Kreis. 18. und 19. Abteilung. Donnerstag, 7 Uhr, Mitgliederversammlung. Bericht vom Parteitag.

Marienfelde. Donnerstag, abends 7½ Uhr, bei Gerlich, Versammlung mit wichtiger Tagesordnung.

Johannisthal. Donnerstag, abends 7 Uhr, im „Lindenhof", Friedrichstraße 61, Mitgliederversammlung.

Oberschöneweide. Mittwoch, abends 7½ Uhr, in der Aula des Realgymnasiums, Generalversammlung des Wahlvereins. Bericht des Vorstandes und Neuwahl desselben.

Pankow. Knaben und Mädchen (nicht unter 10 Jahren), die sich bei der Maifeier am Kinderreigen beteiligen wollen, mögen sich Donnerstag, nachmittags 2 Uhr, auf dem Schulhof, Grunowstraße, einfinden. Die Parteimitglieder werden gebeten, ihre Kinder darauf aufmerksam zu machen.

Tegel. Die Mitgliederversammlung der U. S. P. am Mittwoch, den 16., findet nicht statt.

Freie Jugend Friedrichsfelde. Mittwoch abend 7½ Uhr, im Heim vom Dorn, Prinzen-Allee 25, Generalversammlung. Neuwahl des Vorstandes.

Freie Jugend Petersburger Viertel. Heute, Mittwoch, pünktlich 7 Uhr, im Jugendheim, Petersburger Str. 39, I, Treffen aller Teilnehmer an der Osterwanderung.

Spiel und Sport.

Arbeiter-Athletenbund (Kreis Groß-Berlin). Donnerstag, 7 Uhr, im Lokal Behrend, Manteuffelstraße 95, Delegiertensitzung. Wichtige Tagesordnung, u. a. das Arbeiter-Sportfest im Stadion, Ausgabe der Bundesbücher. Alle Zuschriften sowie Neuanmeldungen von Vereinen sind an M. Gellheim, Berlin SO. 26, Naunynstraße zu richten.

Freie Turnerschaft Neukölln-Britz. Der Turnabend der Schüler- und Schülerinnenabteilung in der Turnhalle, Weisestraße, findet in dieser Woche am Donnerstag statt.

Arbeiter-Radfahrerverein Groß-Berlin. Touren: 18. April (Freitag): Nachm. 2 Uhr Lichtenrade (am Bahnhof). — 20. April (1. Osterfeiertag): Nachm. 1 Uhr Nowawes (Singer). — 21. April (2. Osterfeiertag): Nachm. 1 Uhr Bernau (am Bahnhof). — 22. April (3. Osterfeiertag): Nachm. 3 Uhr: Großes Frühlings-Sportfest in Neuberts Festsälen (Brunnenstraße 154). Anfang nachm. 4 Uhr. (Sämtliche Starts Mariannenplatz.)

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wielepp, Neukölln. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck: Lindenbruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm [illegible]

PIANOS, FLUEGEL neu und gebraucht
Römhild A.-G., Leipziger Str. 119/120

Färben
von **Uniformen** und allen anderen Sachen in
3 bis 5 Tagen
direkt in der Fabrik von
Radtke & Grundmann,
Berlin S 14, Dresdener Strasse 34/35 (Luisenhof).
Annahmestellen:
SO: Wiener Strasse 25, S. Rosenmann;
W: Krausenstrasse 3, R. Nowotny;
SW: Blücherstrasse 21, O. Fechner;
SW: Wilhelmstrasse 118, Ohem;
Steglitz: Mommsenstrasse 17, Woernhoff;
Hohenschönhausen: Berliner Str. 119, Orlowsky.

Der Zeitgeist.
Satirisch-politische Blätter für das revolutionäre Proletariat.
Reich illustriert. Preis 20 Pfg. 14tägig eine Nummer. Jeder revolutionäre Arbeiter liest dieses satirische, die gegenwärtigen Zustände in Bild und Wort geißelnde Blatt. Vertreter überall gesucht. Verlag: R. Weißwanger, Nürnberg, Kobergerstr. 23.

Polnisch, Russisch,
Englisch, Französisch, Deutsch, Rechnen, Schreiben, deutsche und polnische Stenographie, Maschinenschreiben, kaufm. u. landwirtschaftl. Buchführ., Tages- u. Abendkurse.
Kaufmännische Privatschule von Paul Kowalski,
Berlin, Köpenicker Straße 143, am Schlesischen Bahnhof.

Geschlechtskranke
verlangen im eigenen Interesse, um sich vor ernstem Schaden zu schützen, meine aufklärende Broschüre über Tripper, Syphilis, Blutuntersuchung usw., wirkungsvolle und bequeme Heilmethode, im verschlossenen Umschlag à 1 M., [illegible] 1,25 M., ebenso in den Sprechstunden erhältlich. — Weit u. unverbindlich Auskunft kostenlos.
Spezialarzt Dr. med. Karl Reinhardt,
Berlin, Potsdamer Str. 117, an der Lützowstraße.
Sprechstunden 10—12 [illegible] 5—7½ Uhr abends, Sonntags 11—1.
Warnung v. schwindelhaft. Anpreis. angeblicher Spezialärzte.

Spezial-Behandlung
von Geschlechts-, Haut- und Harnleiden
jeder Art bei Männern und Frauen, spez. veraltete, hartnäckige Harnleiden u. Ausflüsse. Geschwüre, Ausschlag etc. Mannesschwäche. Ehrlich-Hata- (Salvarsan) Kuren. Blutuntersuchung. Licht- und Fiasen-Behandlung. Eigenes Kur-Bad für elektrische u. mediz. Bäder. Damenraum separat.
Aerztlich geleitete Heilanstalt.
Löser, Münzstr. 9, nahe Alexanderplatz 9-1, 4-8, Sonntags 9-1.

Zähne **2 Mark! 4.— Mark**
mit echtem
Friedens-Kautschuk
schöne, natürliche Farbe bei 5jähr. schriftlicher Garantie.
Zahnziehen mit örtlich. Betäubung nach bewährter Methode bei Bestellung von Gebissen gratis!
Spezialität: Zähne ohne Gaumen!
Echte Goldkronen von 20 Mark an.
Keine Luxuspreise.
Persönliche fachmännische Munduntersuchung und Rat kostenlos.
Zahnpraxis Danziger Strasse 1 Hatvani
Ecke Schönhauser Allee, Eingang Danziger Straße. Sprechstunden von 9—12, 3—7, Sonntags und Feiertags 9—12.
In den letzten 2 Jahren über 2500 Gebisse zur vollsten Zufriedenheit geliefert.

Spezial-Behandlung
von Geschlechts-, Haut- u. Harnleiden jeder Art
b. Männern u. Frauen. Harnröhrenausflüsse, Syphilis, Mundgeschwüre, Flechten, Geschw., Beinleid., Mannesschwäche usw. nach Ehrlich [illegible] Dr. Hermanns erzielten, glänzenden Heilerfolg möglichst schmerzlos, ohne Operation u. Berufsstörung. Auch Anwendung der wissenschaftl. anerkannten u. glänzend bewährt. künstl. Höhensonne. Auf Wunsch Sanabo-Behandlung.
Dir. Hermanns Elsasserstr. 42, I, Ecke Friedrichstraße (4 Min. v. Stett. Bahnhof), Sprechst. 10—1 u. 4—7 Uhr, Sonnt. v. 10—12 Uhr vorm.

Botenfrauen
werden noch in nachstehenden Speditionen eingestellt:
Berlin:
Bacher, An der Fischerbrücke 2.
Denckel, Ifedomstr. 16.
Hackbarth, Wiebenplatz 2.
Oemmler, [illegible] 14.
Dierichner, [illegible] Straße 66.
Döring, [illegible] 86.
Peterlen, Hamburger Straße 24.
Olenile, [illegible] 1.
Schillbauerdamm 19.
Charlottenburg:
Lorenz, Wallstr. 69.
Niederschöneweide:
Schaffranig, Sedanstraße 67.
Steglitz:
Naud, [illegible] 4.
Wilmersdorf:
Beucke, [illegible] 28.
Schöneberg:
Sawicki, [illegible] Straße 8.

Kleine Anzeigen

Elektrische Leitungsdrähte, Installationsmaterial kauft Ruschkowsky, Türkenstr. 18 II, Moabit 1068.

Leitungsdrähte, Kabel, Litzen, Anker- und Spuldraht kauft höchstzahlend Elektrobüro Oranienstr. 190. Mol. 4016.

Teppich, Läufer, Matte kauft Frau Klingberg, Marburger Str. 8, Steinpl. 6697.

Spiralbohrer, Schnellschnitt, jeden Posten kauft Knortz, Neukölln, Weisestraße 97.

Schreibmaschine sucht Feldgrauer. Angabe des Systems und Preis erbeten. Ehrenberg, Berlin, Teltower Straße 63.

Spiralbohrer Metalle kauft Possnacker, Neue Königstr. 38, Hofpl. am Alexanderpl.

Spiralbohrer, nur Posten, Schmirgelleinen jeden Posten kauft Henschel, Kostanderstraße 21, Moabit.

[illegible] Zeugengesucht. [illegible] 3 [illegible] Str. 17a [illegible]

Elektrische Leitungsdrähte, Litzen-Kabel kauft Schumann, Andreasstraße 21, vorn II, am Schlesischen Bahnhof.

Schreibmaschine gut erhalten kauft Schütke, Linkstraße 1, Lützow 6577.

[illegible] Kabel, Litzen kauft zu höchsten Tagespreisen Elektro-Büro, Langestraße 27 I [illegible] Alex. 3920.

Piano, eleganter schwarzer, 1950 M., (kreuzsaitigen) Nußbaumpiano 2600,— verk. billig Ernst, Oranienstraße 166, 3 Tr.

Bechsteinflügel eleganter [illegible] Stutzflügel, [illegible] Konzertflügel 6500,— M. verk. Ernst, Oranienstraße 166, 3 Tr.

Harmoniums, neu, gebraucht, verkauft billig Ernst, Oranienstr. 166 III.

Klavier oder Flügel, [illegible] Harmonium, kauft Schachtschneider, [illegible]

Kaninchen, Hühner, große Auswahl, verk. Leimgrübler, Landsberger Straße 11.

Legehühner, Zuchthähne, Zuchtenten, Kaninchen, (Deckstation), Wachhunde verkauft Will, Markusstr. 23.

Platina zu den höchsten Tagespreisen. Gebisse, Gold, Silberabfälle kauft Frau Knuth, Zionskirchstraße 54 v. II.

Metallbettstellen, Auflegematratzen, Chaiselongues 50,— a. Umpolstern, Tapezier., Walter, Stargarder Strasse 18.

Pianos, tadellose, gebrauchte von 12—1800,— M. verkauft Pianohaus Max Becker, Andreasstraße 47.

Metallbetten, weiß, schwarz, braun 75,—, Chaiselongues 75,— an. Maicke, Augustastraße 32a, Quergeb. parterre.

Teppichverkauf, Tischdecken, Divandecken, Tülldecken, Steppdecken, Künstlergardinen, Zuggardinen, Stores, Portieren, Läuferstoffe und Federbetten billigst Ehrmann, Frankenstr. 9 II, Ecke Eisenacher Str. (Schöneberg).

Gummi
gibt es zu wenig dafür gute Ersatzbereifung. Prima Schultaschen aus Leder, prima Rucksäcke mit Lederriemen und alle Bedarfsartikel für Radfahrer im Fahrradgeschäft Brunnenstraße 38 II. [illegible] parterre.

Möbel-Roth
liefert komplette Wohnungseinrichtungen, sowie einzelne Möbelstücke, billigst. [illegible] Str. 41, am Oranienburger Tor.

Odeon Musik.
Apparate, Schrankform, trichterlos, alle Modelle, Odeon Musikplatten, alle Neuheiten, Odeon Künstlerplatten von Jadlowker, Slezak, Piccaver, Naval, Erb, Vogelstrom, Schrader, Hempel, Destinn, Ivogün, Denera, Culp, Dux. Unterschränke für Trichterlose- u. Trichterapparate. Plattenalbums, große Auswahl in Lauten, Gitarren, Mandolinen, Violinen, Konzertzithern, Menzenhauer Zithern 8 Jahre Garantie, Menzenhauer Accord-Harmoniums, 20 hochaparte Konzert- u. Salon-Harmoniums, bis 19 Register, in Eiche u. Nußbaum, Accordeons ein-, zwei- u. dreireihig mit Stahlstimmen, Lederbalg und Schutzecken, Bandoniums. Feinste Konzert-Koch-Mundharmonikas. (Gemsbockmarke.) Cellos u. alle einschlägigen Instrumente u. dazu gehörigen Bestandteile. Eigene Reparateure für Mechanische und Saiten-Instrumente. Alles größtenteils Friedensware und noch billig. Schweizer Musikhaus, Schönhauser Allee 126. Filialen: Schönhauser Allee 130, Badstraße 57, Weißensee, Antonplatz, Reinickendorfer Str. 117.

Sofort kleines Fensterreinigungs-Geschäft zu kaufen. Offerten unter „Fenster" an die Exped. der Freiheit, SO., Reichenberger Str. 124.

Gehrock-Anzug gut erhalten, 160, Weinachenk, Stolpische Str. 34, IV.

Verkaufe Küchenschrank und Ausziehtisch, Ullrich, Ueckermünder Str. 3 Hof rechts 2 Treppen.

Kinderwagen weiß, Gummi, gut erhalten billig zu verkaufen. Walter, Sonnenstr. 11.

Reizende 3 Zimmer-Einrichtung und Küche mit Uebernahme des Mietvertrages verkauft sofort Andreasstr. 48 II l. Besichtigung Nachm. 5—8.

A-che fährt ab mit Handwagen. Offerten P. B. 15, Kameruner Str. 8 Expedition.

Kriegsinvalide sucht von Privatleuten Klavier zu kaufen. Förster, Stromstr. 4

Zu verkaufen eine gut erhaltene Bettstelle mit Matratze. Arnold, Lausitzer Str. 17 Qu. I.

Verkaufe Nußbaummöbel, eventuell Wohnung zu übernehmen, Stube und Küche, Reinickendorf-O., [illegible] Zu erfr. Hofmann, Wittenau, Charlottenburger Str. 47.

Metallbettstelle, Auflegematratze, Kleiderschrank, Küchenspind, Tisch, Waschkorb, Malständer, Damenschuhe (37) Modlarbe, Kavallerieweste, Kinderwagen (Nickelgestell) verkauft [illegible], Frankfurter Allee 83 III.

Nähmaschine, Rundschiff und kleine Langschiff verkauft Kleiner, Erasmusstr. 1, Moabit.

Gehrock und Weste ganz neu verkauft. Expedition, Kameruner Straße 8.

Möbel- und Geschäftsfuhrwerk [illegible] Weißensee [illegible], [illegible] Str. 25.

Waschtoilette schwarz, [illegible] schränke [illegible] verkäuflich. [illegible] straße 36 A, III.

Grammophon mit Platten [illegible] kaufen. [illegible] berger Str. 28.

Fenster[illegible] schäft zu [illegible] Neumann, [illegible]

[illegible] Zu erfragen [illegible] Expedition.

[illegible] Mrow, [illegible]

Wohnungs[illegible] 2 Stuben, [illegible] kaufen. [illegible]

„Wohnungs[illegible] platz 58a. [illegible] suchen, [illegible] mittlungen, [illegible] suche, größte [illegible]

Wer einen [illegible] herumstehen [illegible] kleinste Menge [illegible] und Pinsel [illegible] Malermstr. [illegible] str. 77. [illegible] — in Kürze [illegible]

Platina zu den höchsten [illegible] Zahngebisse, [illegible] säure kauft [illegible] Blücherstraße [illegible]

Rechts-Anwalt [illegible] Invaliden-Str. [illegible] sachen. [illegible] Rentensachen [illegible] Ermittl[illegible]

[illegible] Wäscheteile, [illegible] jeden Posten [illegible] Chemal [illegible]

Haut- u. Beinleiden
werden ohne Berufsstörung behandelt.
Neukölln, Berliner Straße 73, v. I. Homöopath [illegible] Telephon [illegible]
Sprechstunden 9—1, 3—7, Sonntags 9—[illegible]

Spezial-Behandlung
von Geschlechtsleiden bei Männern und Frauen
gründlich und möglichst ohne Berufsstörung
C. Weißbart, Berlin, Invalidenstr. 147, 1 Tr. [illegible] Spr. 10—12 u. 4—7, Sonnt. 10—12. [illegible]
Viele Jahre in Krankenhäusern und Kliniken tätig.
Untersuchung kostenlos.

Spezial-Arzt f. Geschlechtsleiden
spez. veraltete, hartnäckige Harnröhren-Ausflüsse, Ausschlag, Mundgeschwüre, Mannesschwäche. Eigene Heilmethode verbunden mit Salvarsan-Kuren, Blutuntersuchungen. Im ersten u. ältesten [illegible] Nur Rosenthaler Str. [illegible] am Rosenthaler [illegible]
Dir. Löser senior,
Röntgen-Laboratorium. Heil-Anstalt für elektr. u. med. Bäder. Behandlungszeit 9-1 4-8, Sonnt. 9-1. Separates Damenzimmer.